

Militär-geschichte

Zeitschrift für historische Bildung



ISSN 0940-4163

■ Militärgeschichte im Bild: Sowjetischer Eisenbahnraketenkomplex RT-23 nach amerikanischen Vorstellungen 1985.

- **Den nuklearen Krieg planen**
- **Karneval und Militär**
- **Römisches Militär im Feld**
- **Deutsche Truppen in Georgien 1918**



ZMS BW
Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

Inhalt

Militärgeschichte

Zeitschrift für historische Bildung

Herausgegeben

vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr durch Kapitän zur See Dr. Jörg Hillmann und Oberst Dr. Frank Hagemann (V.i.S.d.P.)

Produktionsredakteure der akt. Ausgabe:

Major Chris Helmecke M.A.
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann

Redaktion:

Cornelia Grosse M.A. (cg)
Hauptmann Sascha Gunold M.A. (sg)
Oberleutnant Helene Heldt M.A. (hh)
Major Chris Helmecke M.A. (ch)
Oberstleutnant Dr. Harald Potempa (hp)
Oberstleutnant Dr. Klaus Storkmann (ks)

Bildredaktion: Esther Geiger

Lektorat: Dr. Aleksandar-S. Vuletić

Karten: Dipl.-Ing. Bernd Nogli,
Frank Schemmerling

Layout: Carola Klinke

Anschrift der Redaktion:

Redaktion »Militärgeschichte«
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
Postfach 60 11 22, 14411 Potsdam
E-Mail: ZMSBwRedaktionMilGeschichte@bundeswehr.org
Homepage: www.zmsbw.de

Manuskripte für die **Militärgeschichte** werden an obige Anschrift erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird nicht gehaftet. Durch Annahme eines Manuskriptes erwirkt der Herausgeber auch das Recht zur Veröffentlichung, Übersetzung usw. Die Honorarabrechnung erfolgt jeweils nach Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich Änderungen von Beiträgen vor. Die Wiedergabe in Druckwerken oder Neuen Medien, auch auszugsweise, anderweitigeervielfältigung sowie Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung erlaubt. Die Redaktion übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte von in dieser Zeitschrift genannten Webseiten und deren Unterseiten.

Für das **Jahresabonnement** gilt aktuell ein Preis von 14,00 Euro inklusive Versandkosten (innerhalb Deutschlands). Die Hefte erscheinen in der Regel jeweils zum Ende eines Quartals. Die Kündigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes. Ihre Bestellung richten Sie bitte an:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co.,
Stellmacherstraße 14, 26506 Norden,
E-Mail: info@skn.info

© 2018 für alle Beiträge beim
Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)

Druck:

SKN Druck und Verlag GmbH & Co., Norden

ISSN 0940-4163

Die »Teufelsspirale« zur Apokalypse Die Bundeswehrführung im Bann des Atomkriegs

Oberstleutnant Dr. **Florian Reichenberger**, geb. 1978 in Schweinfurt, Dozent für Militärgeschichte an der Offizierschule des Heeres in Dresden



4

Karneval und Militär Vom Drill der Besatzung zur Komik der Gärten

Prof. Dr. **Werner Mezger**, geb. 1951 in Rottweil, Professor für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie an der Universität Freiburg und Direktor des Freiburger Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa



10

Das römische Militär im Feld Die Dakerkriege Kaiser Trajans

Oberstleutnant d.R. Dr. **Lucas Michaelis**, geb. 1982 in Erfurt, Gymnasiallehrer für Deutsch und Geschichte in Rueil-Malmaison, Frankreich



14

Deutsche Truppen in Georgien 1918 Zwischen Weltmachtsträumen und Realpolitik

Wissenschaftlicher Oberrat und Oberstleutnant d.R. Dr. **Peter Lieb**, geb. 1974 in Garmisch-Partenkirchen, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung am ZMSBw



18

Service

Das historische Stichwort:
Bagdad-Pakt

22

Neue Medien

24

Lesetipps

26

Die historische Quelle

28

Geschichte kompakt

29

Ausstellungen

30

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

früher war alles schlechter. So überschreibt »Der Spiegel« seine wöchentliche Serie mit statistisch untermauerten Vergleichen aller möglichen Daten oder Lebensumstände in Vergangenheit und Gegenwart. »Früher war alles besser« ist eine nicht selten zu hörende Floskel, mit der Menschen von vermeintlich besseren Zeiten in der Vergangenheit schwärmen. Hinter dieser Verklärung der Vergangenheit steckt oftmals eher eine Kritik an den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart. Derlei Verzagen an den Zumutungen der Moderne ist kein neues Phänomen, dies gab es zu allen Zeiten. Nicht die Zukunft ist in manchen Köpfen rosig, sondern die Vergangenheit. Die Historie bietet Interessierten viele Ansatzpunkte für derlei Verklärung. Oftmals entsteht diese nicht nur aus der individuellen Erinnerung, sondern wird staatlich gelenkt. Geschichtspolitik oder Erinnerungskultur wird dies positiv-neutral genannt oder, wenn sie von autoritären Regimen praktiziert wird, auch Propaganda. Dabei fällt die staatlich initiierte Geschichtspolitik nicht selten auf einen fruchtbaren Boden individueller Erinnerung und wird bereitwillig angenommen. Mit der Geschichte wird so gespielt, wird Politik gemacht. Der kubanische Künstler Hander Lara Figueroa hat die Warnung genau davor in verschiedene grafische Formen gegossen. Jedes dieser Motive drückt durch seine Gestaltung eine sehr konkrete Assoziation an Erinnerungskultur oder Propaganda einzelner Länder oder Kulturkreise aus. Aus seinen 2015 in einer Galerie in Havana ausgestellten Werken werden hier drei Motive vorgestellt.



© Hander Lara Figueroa, email: thlara@cubarte.cult.cu

Die Verklärung der Sowjetunion ist heute in Russland und anderen Nachfolgestaaten des Riesenreichs eine (wieder) mehrheitsfähige, ja politisch gewollte Erinnerung an einstige Größe und Ruhm. Größe und Ruhm trauern auch etliche Japaner nach, wenn sie auf die Großmachtzeiten ihres Landes vor 1945 zurückblicken. Die Kriegsverbrechen der japanischen Besatzungstruppen in Korea, China, Vietnam, Thailand, Malaysia, auf den Philippinen, in Indonesien und anderen Ländern geraten dabei nicht selten allzu schnell und bereitwillig aus dem Blick. Aber auch andere Staaten, darunter solche, die niemals einer Diktatur anheimfielen, neigen zur Glorifizierung einstiger militärischer Größe oder Heldentaten. Daran erinnert Figueroas Tarnfleck-Motiv.

Glorifizierung und Heldenverehrung sind nicht der Kurs der Zeitschrift **Militärsgeschichte**, aber auch nicht Dämonisierung und Verteufelung alles Militärischen. Anspruch und Zielsetzung unserer Zeitschrift ist es, auf wissenschaftlich fundierter Basis, aber leicht verständlich Aspekte der Militärgeschichte zu beleuchten und so Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, Wissen zu vermitteln und Sie zum Vertiefen, Nachlesen und Nachdenken anzuregen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre sowie ein besinnliches Weihnachtsfest und ein schönes neues Jahr!

Ihre
Chris Helmecke und Klaus Storkmann

Militärsgeschichte im Bild

Eisenbahnraketenkomplex RT-23 Atomkrieg auf der Schiene 31



Künstlerische Darstellung des Eisenbahnraketenkomplexes RT-23, in der NATO als SS-24 SCALPEL bezeichnet, die 1985 in der amerikanischen Zeitschrift »Soviet Military Power« (SMP) erschien.
Foto: images of freedom



picture-alliance/dpa Consolidated National Archives

▲ Ein Atompilz auf dem Testgelände in Nevada am 23. Mai 1953. Hunderte hochrangige Militärs sowie Kongressmitglieder waren anwesend, als erstmals in der Geschichte eine Atombombe mittels eines neuartigen Artillerie-Geschützes (re.) abgeschossen wurde.

Die »Teufelsspirale« zur Apokalypse

Die Bundeswehrführung im Bann des Atomkriegs

Wie ein Damoklesschwert schwebte während des Ost-West-Konflikts eine offene militärische Auseinandersetzung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt als Drohung über dem geteilten Deutschland. Das Spektrum möglicher militärischer Gewalt reichte dabei vom subversiven Kampf bis zum allgemeinen Nuklearkrieg, die Bandbreite der einsetzbaren Kriegsmittel von konventionellen Waffen über chemische Kampfstoffe und biologische Kampfmittel bis hin zu Atombomben. Angesichts dieser permanenten Bedrohung wurde die militärische Führung der

Bundeswehr über gut 35 Jahre lang ständig mit der Frage nach dem möglichen künftigen Krieg, dem sogenannten Kriegsbild, konfrontiert. Die in der Sowjetunion zur Doktrin erhobene These Lenins von der Unvermeidbarkeit des Krieges als höchster Form des Klassenkampfes und die Möglichkeit des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen verliehen der Frage nach dem Kriegsbild dabei eine besondere Brisanz. Der damalige Generalmajor Wolf Graf von Baudissin, einer der Gründerväter der Inneren Führung, nannte diese sicherheitspolitische Situation eine »Teufelsspirale«. Welches

Bild hatte die militärische Führung der Bundeswehr um das Jahr 1962 vom künftigen Krieg?

Frühe Überlegungen in Himmerod

Schon im Zusammenhang mit der Himmeroder Denkschrift, dem Gründungsdokument der Bundeswehr vom 9. Oktober 1950, hatten sich die maßgeblichen Köpfe der späteren militärischen Führung der Bundeswehr, allen voran die erste Doppelspitze, gebildet aus den vormaligen Generalen der Wehrmacht Adolf Heusinger und

Hans Speidel, Gedanken zum Kriegsbild gemacht. Sie gingen von folgendem Szenario aus: Die Sowjets verfügten allein in der DDR über 22 voll einsatzbereite mechanisierte und motorisierte Schützendivisionen. Mit rund 6000 Panzern und Sturmgeschützen könnten diese, unterstützt von einer hoch einsatzbereiten Luftwaffe mit 1800 Flugzeugen, davon 550 Düsenjägern, in kurzer Zeit Richtung Westen angreifen. Hinzu kämen zwei weitere sowjetische Divisionen in Polen, drei in der sowjetischen Besatzungszone in Österreich und weitere vier sowjetische Divisionen auf dem Balkan.

Aus Sicht der Himmeroder Experten waren die Streitkräfte der mit der Sowjetunion verbündeten »Satellitenstaaten« zwar von minderer Kampfkraft, aber dennoch in die Feindlagebeurteilung einzubeziehen. Dieses unmittelbar einsatzbereite Militärpotenzial könnte durch 60 weitere Divisionen aus der Sowjetunion ohne größere Mobilmachungsmaßnahmen verstärkt werden. Den Sowjets stünden dann immer noch 30 Divisionen für den Nahen Osten, 25 für den Fernen Osten und 20 für Skandinavien zur Verfügung. Im Mobilmachungsfall könnte die Anzahl der Divisionen gar verdoppelt werden.

Im Bereich der Seekriegführung rechneten die Experten vor allem mit dem Einsatz von 300 sowjetischen U-Booten, davon jedoch nur ein Drittel moderner Bauart. Der Warschauer Pakt würde seine Operationen mit dem Ziel führen, schnell die Atlantikküste von Narvik bis zu den Pyrenäen und den Mittelmeerraum bis zur Linie Korsika-Sizilien-Suez zu nehmen, um die NATO ihrer kontinentaleuropäischen Basis für eine Gegenoffensive zu berauben. Sollten diese Ziele nicht erreicht werden, würde die Sowjetunion letztlich dem überlegenen Rüstungspotenzial der amerikanischen Industrieproduktion unterliegen, so die Annahme.

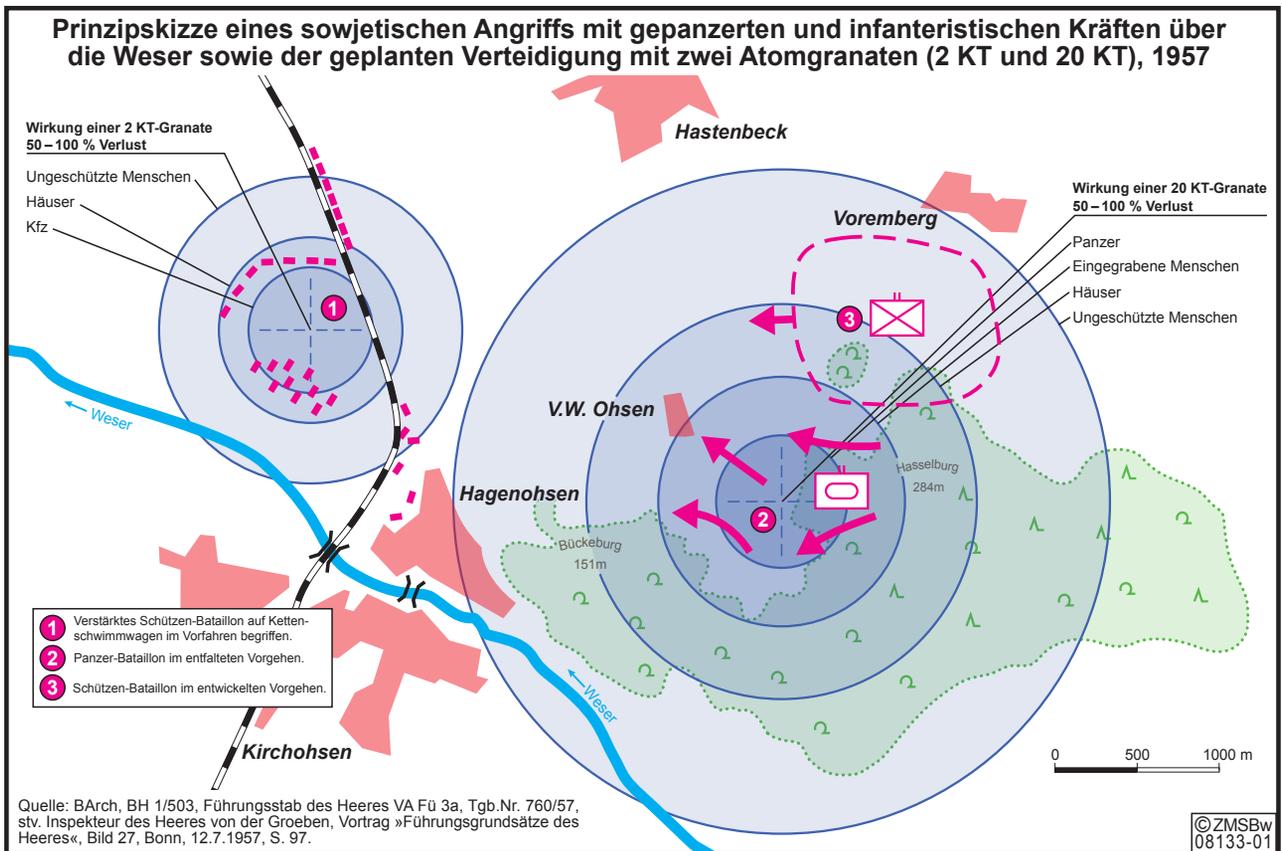
Die operativen Schwerpunkte der Verteidigung lagen aus der Sicht von Heusinger und Speidel deshalb bei den Dardanellen am Ausgang des Schwarzen Meeres sowie in den Räumen Norditalien-Alpen-Süddeutschland und Schleswig-Holstein-Dänemark-Südskandinavien. Das Halten dieser drei großen Schlüsselgelände erschien aus zwei Gründen wichtig: einerseits zur Sicherung der Seeverbindungen für den Westen und andererseits zur wirkungsvollen Flankenbedrohung



aus Süden und Norden der nach Westdeutschland einmarschierenden sowjetischen Kräfte. Die amerikanischen und britischen Luftstreitkräfte hätten dann die Aufgabe, die Flussübergänge und Betriebsstofflager im rückwärtigen Raum des Feindes zu zerstören, die feindliche Luftwaffe zu zerschlagen und die angreifenden sowjetischen Divisionen zu bekämpfen. Sobald der sowjetische Angriff zu Lande zum Stehen gebracht wurde, sollten großangelegte Gegenangriffe in die Sowjetunion hinein geführt werden. Um die Kapitulation des Feindes zu erzwingen, könnten davor bereits Atomwaffen in der Tiefe des Feindgebietes eingesetzt wer-

den. Die Seestreitkräfte der NATO sollten im nördlichen Eismeer, in der Ostsee und im Schwarzen Meer mit U-Booten, Schnellbooten und Landungsverbänden unmittelbar offensiv vorgehen.

Die eigenen Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg reflektierend, betonten die Verfasser der Denkschrift die Bedeutung einer offensiven, beweglichen Verteidigungsführung. Im Hinblick auf die Kriegführung auf deutschem Boden schlugen die Experten vor, dass eine Kampfgruppe zwischen Main und Lüneburger Heide den Angriff frontal zum Stehen brachte und dass jeweils eine weitere Kampf-



gruppe aus den Räumen Süd- und Norddeutschland dann die Flanken der eingedrungenen sowjetischen Truppen angriff. Gerade die zwölf geplanten westdeutschen Divisionen erschienen als das hierfür unbedingt erforderliche Minimum an Kräften.

Diese beweglich geführte Vorwärtsverteidigung mit schnellen Panzerdivisionen spiegelte 1950 eine zunächst noch sehr operativ geprägte Sichtweise der späteren Gründungsväter der Bundeswehr mit Vordienstzeiten in der Wehrmacht und Reichswehr auf den möglichen Krieg wider. Die amerikanischen Atomwaffeneinsätze in Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 hatten jedoch bereits gezeigt, dass sich Gestalt und Form des Krieges von Grund auf ändern würden.

»Massive Retaliation«

Um das Jahr 1960 hatte sich die militärische Führung der Bundeswehr dann bereits auf das neue Kriegsbild eines allgemeinen Atomkriegs eingestellt. An der beweglich und offensiv geführten Verteidigung wurde indessen immer noch festgehalten. Als Generalinspekteur ging Heusinger nun fest davon aus, dass im Verteidigungsfall

mit modernen Kriegsmitteln wie Düsenflugzeugen, Raketen und Massenvernichtungswaffen der Unterschied zwischen Front und Hinterland aufgehoben, das Tempo der Kriegführung enorm beschleunigt und die Zerstörungskraft zu einem bisher nicht gekannten Ausmaß gesteigert seien. Hatte Heusinger den Schwerpunkt der Kriegführung bisher beim Heer gesehen, erkannte er nun die neue gewachsene Bedeutung der Luftstreitkräfte, aber auch der Seestreitkräfte als Nuklearwaffenträger an. Die traditionell große Bedeutung der Landstreitkräfte nahm dabei vorübergehend ab. Das Heer war beim Aufwuchs der Bundeswehr unter Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und unter den Vorzeichen des allgemeinen Atomkriegs bei der Verteilung des Verteidigungshaushalts ins Hintertreffen geraten. Der Warschauer Pakt hatte jedoch zwischenzeitlich seine Rüstungspotenziale bei den Landstreitkräften weiter ausgebaut.

Anfang 1960 musste Heusinger nach der Auswertung der großen Herbstübungen des Vorjahres eingestehen, dass eine Verteidigung ostwärts des Rheins wegen des Mangels an einsatzfähigen Präsenzverbänden gerade ein-

mal im begrenzten Raum zwischen Main und Kassel möglich wäre. Außerdem war dem Generalinspekteur bekannt, dass »die Führung eines längeren Kampfes ostwärts des Rheins [...] auch bei alliierter Aushilfe logistisch nicht sichergestellt« war, geschweige denn dass die zivile Versorgung für die zu erwartenden Flüchtlingsströme und den Massenansturm an Verletzten gewährleistet wäre. Die Munitionsbevorratung reichte gerade einmal für 15 Tage, Betriebsstoff für 40 Tage. Die Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den konventionellen Streitkräften war schlichtweg erdrückend. Der Bundeswehrführung blieb ohnehin gar nichts anderes übrig, als auf die seit 1957 implementierte NATO-Strategie der »Massive Retaliation«, d.h. der massiven nuklearen Vergeltung zu setzen, um die konventionelle Unterlegenheit auszugleichen. Und das bedeutete letztlich, einen möglichen Krieg mittels Abschreckung zu verhindern, weil insbesondere die USA im Nordatlantischen Bündnis einen massiven Nuklearwaffeneinsatz vorgeplant hatten.

Zwar setzten Heusinger und Speidel, letzterer seit April 1957 Oberbefehlshaber der alliierten Landstreitkräfte in

Mitteuropa (Commander Allied Land Forces Central Europe/COM-LANDCENT), sich grundsätzlich gegen das »nukleare Armageddon« auf deutschem Boden ein, doch konnte gerade der Generalinspekteur nicht auf seinen Grundüberzeugungen beharren. Vielmehr sah Heusinger die Notwendigkeit, sich an den politischen Vorgaben des Verteidigungsministers auszurichten und zugleich an den Planungen der NATO zu orientieren und zudem noch die zum Teil völlig unterschiedlichen Sichtweisen der Teilstreitkräfte zu harmonisieren. Denn gerade zu jener Zeit ging auch der Warschauer Pakt dazu über, verstärkt in den Kategorien eines offensiven Nuklearwaffeneinsatzes zu denken. Diesen rüstungstechnischen Realitäten und Entwicklungen auch auf der Feindseite musste Rechnung getragen werden.

Atomkriegführung

Westlich des »Eisernen Vorhangs« war es für General Lauris Norstad, den Supreme Allied Commander Europe (SACEUR), im Dezember 1961 »keine Frage, dass die NATO nukleare Waffen einsetzen wird, wenn die Lage nur dadurch gemeistert werden kann. Wir haben keine nicht-nukleare Konzeption und beabsichtigen auch nicht, sie zu haben.«

Einige Aspekte und Leitmotive, die sich in den Köpfen der militärischen Protagonisten geradezu festsetzen mussten, tauchten in den Studien und Richtlinien der Bundeswehr immer wieder auf: ein schneller, eher überraschender Ausbruch von Kampfhandlungen, der fast zwangsläufig einen Nuklearwaffeneinsatz (insbesondere gegen feindliche Abschussbasen, Atomwaffenlager und Flugplätze) bedingen würde. Beide Seiten planten den Kampf mit weitreichenden Waffen gegen die Energiequellen des Feindes. Die enormen Zerstörungskräfte hätten ausgedehnte Schadensgebiete hinterlassen, mit Massenflucht, Katastrophenzuständen, Überforderung des Sanitäts- und Rettungswesens, dem Zusammenbrechen der Infrastruktur und der öffentlichen Ordnung.

Auf beiden Seiten gab es die Tendenz zur Verwendung von Flugkörpern und Atom-U-Booten. Satelliten dienten der militärischen Navigation und Aufklärung. Der kommende atomar geführte Krieg ging mit einem zunehmenden Bedeutungsverlust der Landstreit-

kräfte einher, dafür stieg die Bedeutung dezentralisierter Kampfhandlungen und folglich sogenannter Insellagen sowie feindlicher Sabotageakte im eigenen Hinterland. Bewusst wurde dem Leitbild vom möglichen Krieg meist der schlimmste anzunehmende Fall zugrunde gelegt.

In den militärischen Grundannahmen für die Verteidigungsplanung der Bundeswehr vom 15. Dezember 1961 hieß es: »Jede nur mit herkömmlichen Mitteln eingeleitete Angriffsoption muß sich zwangsläufig nach wenigen Stunden in einen nuklearen Krieg entwickeln.« Im Führungsstab der Bundeswehr dominierte nun – so hieß es im selben Dokument – »ein Kriegsbild [...], das den massierten Angriff mit Atomwaffen, spätestens zum Zeitpunkt des Einrückens der eigenen Truppe in die vorgesehenen Einsatzräume, vorbehaltlos einschließt.«

Etwa zur selben Zeit identifizierte der Führungsstab der Bundeswehr innerhalb Westdeutschlands 422 Ziele für Bodendetonationen, vor allem in Norddeutschland, Frankfurt a.M., Stuttgart und am Rhein. Hinzu käme ein Gürtel von der Nordsee bis zu den Alpen, in dem mit dem Einsatz von Atomsprengköpfen (300 bis 500) kleinerer KT-Werte (bis 100 KT) als Luftdetonationen zu rechnen sei.

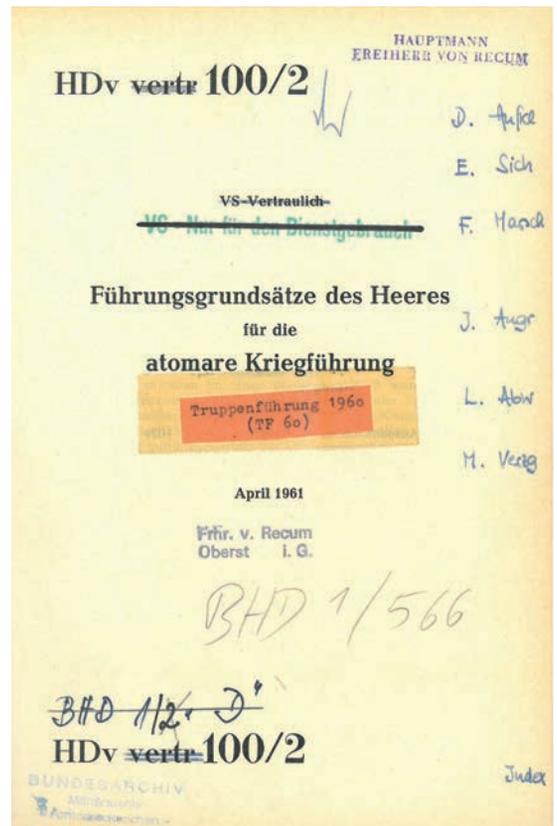
Tatsächlich umfassten die Arsenale der NATO in Europa im Jahr 1960 bereits 3000 amerikanische Atomsprengköpfe, wovon sich etwa die Hälfte in Sondermunitionslagern auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland befand.

HDv 100/2 – die »rote TF«

Besonders gut lässt sich die vom Verteidigungsministerium gesteuerte, zunehmende Nuklearisierung des Denkens in der militärischen Führung der Bundeswehr anhand der Heeresdienstvorschrift (HDv) 100 nachvollziehen. Bis November 1960 entstand die HDv 100/2 »Führungsgrundsätze des

Heeres für die atomare Kriegführung« unter Federführung von Generalleutnant Alfred Zerbel. Er hatte die Nachfolge des »Atomkriegsverweigerers« Hans Röttiger angetreten.

Wegen ihres roten Einbands wurde die neue Truppenführungsvorschrift (TF) HDv 100/2 die »rote TF« genannt



▲ Fotografie der »roten TF« HDv 100/2 »Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegführung« vom 11. April 1961

und am 11. April 1961 von Verteidigungsminister Strauß erlassen. Darin wurden Atomwaffen und Kampfpanzer als Schwerpunkt-Waffensysteme definiert. Der Atomwaffeneinsatz spielte sich gedanklich vor allem auf der operativ-taktischen Ebene ab. Sogar Atomminen (Atomic Demolition Munitions/ADM) wurden hier als Mittel der Gefechtsführung einkalkuliert. Zugleich wurden mit Formulierungen wie »Atomwaffen können wegen ihrer außerordentlichen Wirkung auch schwächere Kräfte befähigen, ein erfolgreiches Abwehrgeschehen zu führen«, Hoffnungen oder auch Wunschvorstellungen bedient. Die konventionellen Streitkräfte spielten in diesem Kriegsbild nur noch eine untergeordnete Rolle. Sie mussten gerade nur groß genug sein, um den Feind zu Massierung



picture alliance/Fritz Fischer

▲ Im Gespräch auf der Terrasse der Stadthalle Fellbach bei Stuttgart (v.l.n.r.): Konteradmiral Karl-Adolf Zenker, General Josef Kamhuber, General Albert Schnez, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, General Hans Speidel und General Friedrich Foertsch während der 5. Generalstagung der Bundeswehr am 8./9.6.1961.

gen seiner Truppen zu zwingen, so dass diese mit Atomwaffen vernichtet werden könnten. Durch Instrumente wie Atomrechenschieber wurde den Truppenführern der Eindruck vermittelt, dass die Nuklearkriegführung berechenbar und beherrschbar sei.

Die Auswirkungen der Nuklearkriegführung – wie neutroneninduzierte Strahlung, radioaktive Niederschläge und Verwüstungen – beschrieb die Vorschrift allerdings nur in sehr groben Zügen. Der spätere Generalinspekteur Ulrich de Maizière, der als einer der Hauptgegner der »roten TF« galt, kritisierte die allzu unbekümmerte Planung des Einsatzes atomarer Gefechtsfeldwaffen in der Verteidigung. Und auch dem später folgenden Generalinspekteur Jürgen Brandt war die Masse der Nuklearwaffen, die bei Übungen nach den damals gültigen Führungsvorschriften regelmäßig eingesetzt wurden, nach eigenem Bekunden »doch an die Nieren gegangen«.

Nuklearer Schlagabtausch – Restitution – Liquidation

Während das Heer seit 1959 sukzessive Bataillone mit atomwaffenfähigen Kurzstreckenraketen wie »Honest

John« und später »Sergeant« aufstellte, beschaffte die Luftwaffe als Nuklearwaffenträger zunehmend Flugzeuge vom Typ F-104 G »Starfighter« sowie amerikanische ballistische Raketen vom Typ »Pershing« für ihre Flugkörper-Geschwader. Wenngleich die Atomsprengkörper unter Vorbehalt der USA blieben, waren damit rüstungstechnisch die Weichen für einen Nuklearkrieg gestellt, als am 1. April 1961 Friedrich Albert Foertsch das Amt Heusingers übernahm und damit der zweite Generalinspekteur der Bundeswehr wurde.

Am 1. September 1962 gab Foertsch die Studie »Das Kriegsbild« heraus, die »den Teilstreitkräften [...] ab sofort als Grundlage für Überlegungen und Planungen dienen« sollte. Damit erreichte die Entwicklung des nuklear ausgerichteten Kriegsbildes in der Bundeswehr ihren Kulminationspunkt.

Das Kriegsbild des Generalinspektors drehte sich um einen nuklearen Schlagabtausch der Supermächte mit kurzen Vorwarnzeiten, wobei ein sowjetischer Nuklearwaffenangriff zwangsläufig Europa und Nordamerika gleichzeitig erfassen würde. Für Foertsch stand fest: »Der nukleare Schlagabtausch schafft so tiefgrei-

fende Tatsachen und Wirkungen, dass diese in einem weiteren Verlauf der Kampfhandlungen kaum mehr zu ändern sein werden. Damit entscheidet dieser Schlagaustausch weitgehend den Kriegsausgang, ohne dass dies sofort erkennbar zu werden braucht.«

Eine neue Hochrechnung hatte inzwischen ergeben, dass die Sowjetunion mittlerweile allein 2000 atomare Sprengmittel für einen Nuklearschlag gegen die westeuropäischen Staaten einsetzen würde. Die Masse davon war gegen etwa 1200 Ziele in Mitteleuropa gerichtet. Bevorzugte Ziele wären Stationierungsorte der Nuklearstreitkräfte und Einrichtungen der Luftverteidigung, Nuklearwaffenlager, Radaranlagen, militärische Führungseinrichtungen, Flugplätze, Großdepots und Betriebsstofflager, Truppenansammlungen, Verkehrsknotenpunkte und Häfen, Schiffsansammlungen wie auch Fernmeldezentren der NATO gewesen. Der Ablauf eines Krieges könnte sich im Wesentlichen in drei Phasen untergliedern:

Die erste, nukleare Phase würde nur wenige Tage dauern und durch den nuklearen Schlagabtausch sowie atomar wie konventionell geführte Operationen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte gekennzeichnet sein. In einem relativ kurzen Zeitraum entstünden so sehr große Verluste an Menschen und Material. Was die Rolle der eigenen Teilstreitkräfte betrifft, sollte das Heer die angreifenden Verbände des Feindes soweit ostwärts wie möglich abwehren, wobei sich Operationen bald in inselartige Gefechte auflösen würden. Die Luftstreitkräfte sah der Generalinspekteur mit der Masse an der Durchführung der festgelegten atomaren »Strike«-Pläne der NATO und zum geringen Teil am Kampf der Land- und Seestreitkräfte beteiligt. Die Seestreitkräfte würden zunächst in der westlichen und mittleren Ostsee gegen feindliche Streitkräfte operieren und ihren Kampf aufgrund ihrer logistischen Unabhängigkeit noch für längere Zeit vom Gebiet der verbündeten oder neutralen Staaten aus fortsetzen können.

Die zweite Phase des Krieges würde eine »Restitutionsphase« darstellen, in der nach dem psychologischen Schock des Nuklearwaffeneinsatzes beide Seiten die verbliebenen Kräfte und Mittel neu ordnen und die Kampfmoral festigen müssten. Auch hier wies Foertsch den Teilstreitkräften ihre Rollen zu: Die Luftstreitkräfte würden durch

Aufklärung die Auswirkungen der nuklearen Phase feststellen und den Feind an der Reorganisation seiner Kräfte hindern müssen. Die Landstreitkräfte müssten Operationen vorbereiten, die zur Bereinigung der Lage notwendig wären. Und die Seestreitkräfte sollten ihre bisherigen Aufträge fortsetzen.

Die dritte Phase, die »Liquidationsphase«, die jedoch weltweit viele Monate bis Jahre dauern könnte, würde schließlich zur Beendigung des Krieges führen. Hier sah das Kriegsleitbild vor, dass neu aufgestellte militärische Verbände aus weniger vom Nuklearkrieg betroffenen Gebieten, insbesondere aus Übersee, nach Europa verlegt und zusammen mit den dort reorganisierten Kräften Angriffsoperationen durchführen sollten, um den Krieg erfolgreich zu beenden. Während dieser Operationen wäre jedoch weiterhin mit dem selektiven Einsatz nuklearer Waffen zu rechnen. Insgesamt zeichnete Foertsch also ein relativ umfassendes, nuklear dominiertes Leitbild, das die Sichtweisen der Teilstreitkräfte zu berücksichtigen versuchte.

Das Fazit lautete: »Ein Krieg mit modernen Vernichtungswaffen beschwört für die ganze Welt ein Chaos herauf. Auch für den Gewinner wäre der Sieg fragwürdig.« Da sich Mitte der 1960er Jahre die »Overkilling-Kapazität«, d.h. die Fähigkeit, sich durch Nuklearwaffen gegenseitig die Lebensgrundlagen zu vernichten bereits sehr hoch war, und mit Atomwaffen allzu technokratisch kalkuliert wurde, waren sowohl ein derartiges Kriegsbild als auch die Strategie zu hinterfragen. Denn sollte die Abschreckung versagen, drohte der Menschheit das nukleare Inferno.

Die Erfahrung der Kubakrise

Die gedankliche Fixierung auf den Nuklearkrieg führte planerisch bald in eine Sackgasse, was sich im Oktober 1962 zum einen anhand der Spiegel-Affäre und zum anderen in der Kubakrise zeigte.

Mit dem Artikel »Bedingt abwehrbereit« stellte »Der Spiegel« vom 8. Oktober 1962, unter anderem gestützt auf Erkenntnisse aus der NATO-Übung »FALLEX 62«, die Politik des Bundesverteidigungsministers und damit indirekt auch das Kriegsleitbild der militärischen Führung der Bundeswehr in Frage. Aufgrund erheblicher Rückstände bei der Aufstellung, Ausbil-

dung und Ausstattung der Bundeswehr hatte die NATO-Führung den deutschen Verbänden bei der Übung die niedrige Einstufung »Bedingt abwehrbereit« attestiert. Am Ende der vielschichtigen Affäre stand 1963 die Ablösung des Verteidigungsministers Strauß durch Kai Uwe von Hassel. Damit war zugleich eine wichtige Weiche für die Weiterentwicklung von Kriegsbildern in der Bundeswehr gestellt.

Ähnlich alarmierend und ernüchternd muss auf die militärische Führung der Bundeswehr etwa zur selben Zeit die Erfahrung der Kubakrise gewirkt haben. Vom 14. bis 28. Oktober 1962 begann sich wegen der zunächst geplanten Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba eine militärische Konfrontation der beiden Supermächte USA und UdSSR abzuzeichnen. Nicht nur die Kennedy-Administration und die Kremlführung waren sich hier der Gefahr eines Atomkriegs bewusst geworden. Auch die breitere Öffentlichkeit wurde der nuklearen Bedrohung gewahr.

Mit einem vielbeachteten Vortrag hatte sich bereits im April 1962 Baudissin, damals verantwortlich für das militärische Nachrichtenwesen beim Allied Forces Central Command (AFCENT), an die Öffentlichkeit gewandt. Baudissin vertrat als überzeugter Christ die Auffassung, dass die göttliche Schöpfung bewahrt werden müsse, und wollte deshalb die Dominanz der Atomwaffe im militärischen Denken brechen. Der Technokratie wurde nun Ethik gegenübergestellt. Im Gegensatz zu den meisten Vertretern der Bundeswehrführung sprach Baudissin die katastrophalen Folgen der operativen Planungen offen aus. Die thermische Strahlung mit Blendwirkungen, Verbrennungen und Bränden sowie die Kernstrahlung mit radioaktivem Niederschlag würden schlagartig und großflächig zu schweren Ausfällen bei Personal und Material führen; Verwüstungen und Verstrahlungen weite Teile des Landes bis zur Unkenntlichkeit verändern. Dabei beleuchtete Baudissin die Makro- und Mikroebene eines Atomkriegs gleichermaßen und durchdachte den letztlich total-atomaren Krieg erstmals bis zum bitteren Ende, bis zur allgemeinen »Kirchhofsruhe«. Indem er das Ultimative aussprach, führte Baudissin der militärischen Führung der Bundeswehr den Fatalismus ihres Kriegsbildes vor Augen.



Bundeswehr_Archiv

▲ Generalmajor Wolf Graf von Baudissin (hier als Brigadegeneral)

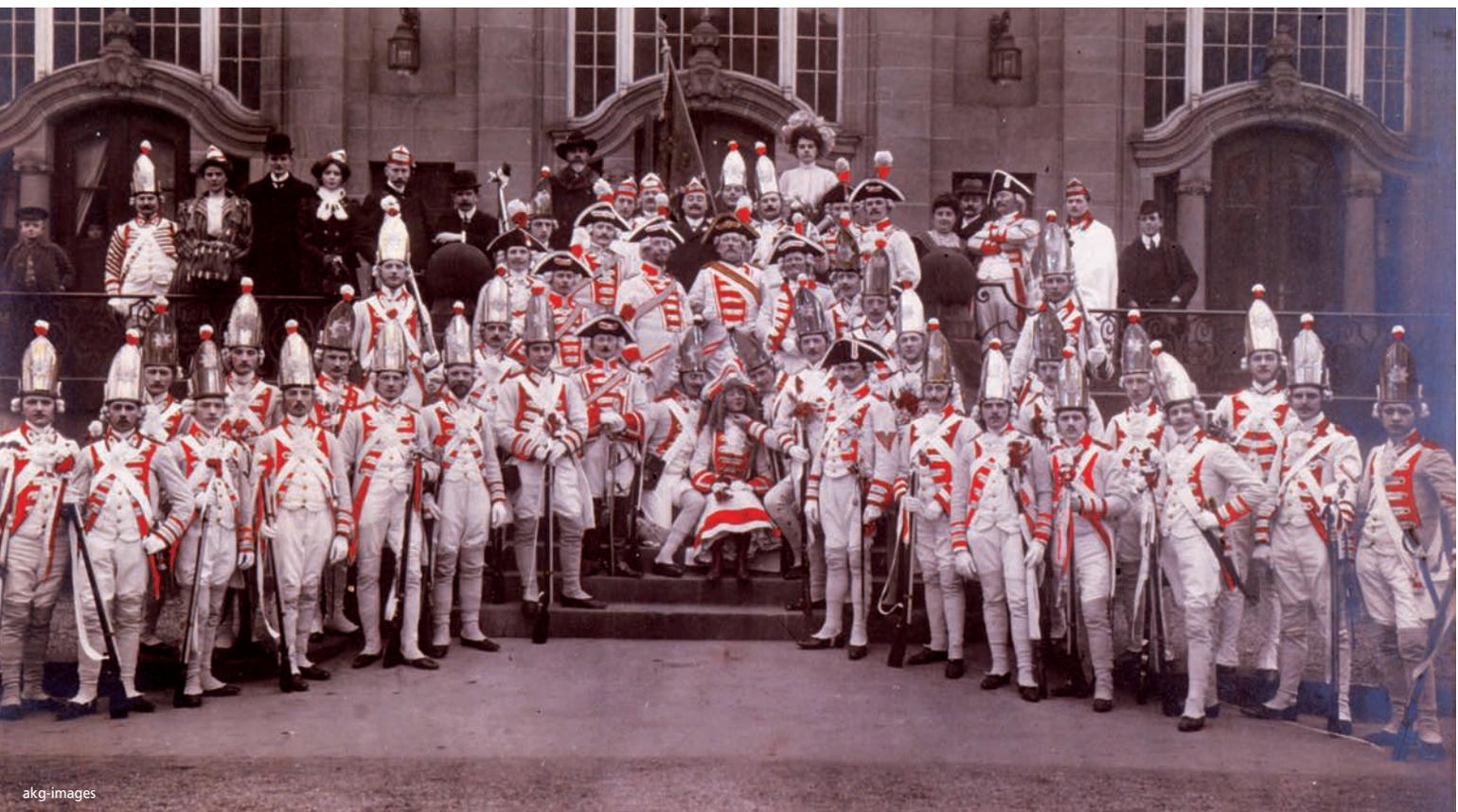
Über die nächsten drei Jahre trug Baudissin, begünstigt durch Impulse aus der Kennedy-Administration, hier vor allem die »Athener Richtlinien« der NATO vom Mai 1962, tatsächlich massiv dazu bei, den Atomfatalismus in der militärischen Bewusstseinslage zu durchbrechen. Im Jahr 1965 sollte ein Perspektivwechsel, der vom allgemeinen Nuklearkrieg zum begrenzten Krieg führte, unter dem neuen Generalinspekteur Heinz Trettner möglich werden. Trettner kommentierte die sicherheitspolitische Situation Mitte der 1960er Jahre mit dem Vergleich: »Man kann sich in geschlossenen Räumen eben nicht mit Handgranaten duellieren.«

Im Rahmen eines neuen Leitbildes des begrenzten Krieges bzw. »Limited War« vom 21. Juli 1965 rückten konventionelle Optionen der militärischen Auseinandersetzung wieder in den Vordergrund. Zugleich nahm die Bedeutung des Heeres gegenüber der Luftwaffe wieder zu. Die entsprechende neue NATO-Strategie der »Angemessenen Reaktion«, der »Flexible Response«, sollte am 16. Januar 1968 verabschiedet werden. Ein neues Kapitel des Ost-West-Konflikts war damit aufgeschlagen.

■ Florian Reichenberger

Literaturtipps

Florian Reichenberger, Der gedachte Krieg. Vom Wandel der Kriegsbilder in der militärischen Führung der Bundeswehr im Zeitalter des Ost-West-Konflikts, Berlin, Boston 2018.



▲ Karneval in Köln. Die anonyme (kolorierte) Fotografie zeigt die Prinzengarde von 1909.

Karneval und Militär

Vom Drill der Besatzung zur Komik der Garden

Zackiger als die Bundeswehr – so lautete vor einigen Jahren die Überschrift eines Artikels der Boulevardpresse, in dem es um die militärischen Erscheinungsformen der Fastnacht in Deutschland ging und der das Treiben der Jecken als eine Art »Coming out« unverbesserlicher Militaristen darzustellen versuchte. Tatsächlich wimmelt es in den närrischen Tagen, vorzugsweise im rheinischen Karneval, nur so von goldbetressten Uniformen, von strammen Korps sowie schmucken Garden. In der sogenannten fünften Jahreszeit wird gern und viel marschiert, defiliert, paradiert und exerziert. Was aber hat es auf sich mit diesem militärischen Gepränge? Kommen hier wirklich unterdrückte Machtphantasien oder gar verkappter Kasernenhof-Drill zum Vorschein? Die historischen Hintergründe sind sehr vielschichtig.

Die Anfänge des karnevalesken Gardewesens und der Korps lassen sich sehr genau ausmachen. Sie liegen in Köln und reichen dort in eine Phase großer politischer Umbrüche zurück: Im Oktober 1794 besetzten französische Revolutionstruppen die Stadt, lösten den Rat auf, entmachteten das alte Stadregiment und führten neue Verwaltungsstrukturen ein bis hin zu einer fortlaufenden Nummerierung aller Häuser. Zum Markenzeichen wurde hierbei das Haus mit der Nummer 4711 in der Glockengasse, wo das von Johann Maria Farina entwickelte Eau de Cologne produziert wurde, das fortan mit der Etikettierung 4711 Weltkarriere machte.

Doch das war nur eine kleine freundliche Randnotiz angesichts der Schicksalsschläge, unter denen Köln durch die Besatzung zu leiden hatte. 1797 endete die Reichsstadtzeit, womit der

autarke, stolze Stadtstaat von einst faktisch aufhörte zu existieren. Ihre hergebrachten Bräuche konnten die Kölner unter den Franzosen immerhin einigermaßen unbehelligt weiterpflegen, selbst ihren traditionsreichen »Fastelovend«. Dieser freilich stand damals nicht nur bei den Besatzern unter kritischer Beobachtung, sondern wurde auch von einheimischen Vertretern der Aufklärung in seinen herkömmlichen Formen als reformbedürftig gesehen.

Knapp zwei Jahrzehnte stand Köln unter französischem Regiment. Durch die Befreiungskriege, insbesondere durch die Entscheidungsschlacht gegen Napoleon bei Leipzig im Oktober 1813, änderten sich die weltpolitischen Machtverhältnisse zu Ungunsten der Franzosen: Am 14. Januar 1814 mussten sie Köln vor den heranrückenden preußischen Truppen verlassen. Binnen weniger Tage löste eine Besatzung

die andere ab. Nach dem Wiener Kongress 1815 fiel Köln schließlich offiziell an das Königreich Preußen. Erneut prallten unterschiedliche Mentalitäten aufeinander, die sich zumindest anfangs fast noch fremder waren, als es zwischen den Rheinländern und ihren französischen Nachbarn der Fall gewesen war.

Aufleben des »Fastelovends«

Nachdem sich die Verhältnisse aber stabilisiert und die Kölner sich mit den neuen preußischen Ordnungen arrangiert hatten, geriet die Rheinmetropole an der Schwelle zur Industrialisierung in eine hochinteressante Aufbruchsstimmung. Sichtbarster Ausdruck eines neuen städtischen Geschichts- und Selbstbewusstseins waren zum einen die sich konkretisierenden Pläne zum Weiterbau des seit Jahrhunderten unvollendeten Doms und zum anderen, teils von denselben Initiatoren betrieben, die Bemühungen um die Veredelung des alten »Fastelovends« zu einer Bühne städtischer Selbstrepräsentation im Geiste der Romantik.

Letzteres realisierte sich im Gegensatz zur Domvollendung, deren Umsetzung noch bis 1842 auf sich warten ließ, bereits 1823. In diesem Jahr zog erstmals der »Held Carneval« auf einem Prunkwagen in Köln ein, wo er anschließend mit der Prinzessin Venedia vermählt wurde. Als Szenerie für dieses von der Bevölkerung mit Jubel begrüßte Ereignis, das den Beginn des Kölner Karnevals moderner Prägung markierte, dienten unter anderem auch Anklänge an die glanzvolle Vergan-

genheit Kölns als Reichsstadt. Besondere Begeisterung löste dabei eine mitmarschierende Männergruppe in den Uniformen der alten Kölner Stadtsoldaten aus, wie sie viele ältere Zuschauer noch aus der Zeit von vor 1794 kannten. Diese einstigen Stadtsoldaten in den reichsstädtischen Farben rot und weiß waren alles andere als eine Elitetruppe gewesen. Schlecht bezahlt und militärisch meist kaum ausgebildet, hatten sie vornehmlich für die Bewachung der Stadtzugänge zu sorgen. Nicht wenige von ihnen unterhielten zur Aufbesserung ihres Gehalts kleine Gärtchen am Mauerring, was sie der Kölner Bürgerschaft irgendwie sympathisch machte. Wegen der aufgenähten Flammensymbole an der Innenseite ihrer Uniformröcke nannte man sie im Volksmund auch liebevoll »Funken«.

Und nun waren diese »Funken Rut-Wieß«, vertraute Boten einer versunkenen Zeit, im neuen Kölner Karneval von 1823 plötzlich wieder da. Unter den Einwohnern löste das solche Freude aus, dass die Funken fortan in keinem Rosenmontagszug mehr fehlen durften. Ihre Zahl vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Einige wenige trugen noch erhaltene Originaluniformen, für die Mehrheit der Akteure wurden neue nachgeschneidert. Ihre soldatischen Konventionen pflegten die Funken – mit gewitztem Seitenblick auf die militärische Perfektion der omnipräsenten Preußen – in geschickter karnevalesker Verharmlosung. Statt richtiger Gewehre trugen sie Holzgewehr-Attrappen, auf Kölsch als Kurzfassung aus »Knallbüchse« kurz »Knabüs« genannt, in deren Lauf keine Kugeln,

sondern »Strüssje«, also kleine Blumensträußchen, steckten. Ähnlich unschuldig-naiv, letztlich aber doch die Preußen raffiniert verspottend, waren die Exerzierrituale der Karnevalssoldaten: Auf laut gebrüllte Kommandos hin präsentierten sie, in Reihe angetreten, die »Knabüs« im Zeitlupentempo und asynchron, nahmen mit dem Rücken zu den Zuschauern aufstellung und entwickelten schließlich sogar jene skurrile Tanzform, bei der je zwei Gardisten, auf ihre Gewehre gestützt, Rücken an Rücken im Rhythmus einer bestimmten Musik ihre Hinterteile aneinander reiben. »Stippeföttche« nennen die Kölner dieses bis heute übliche, vom Publikum erwartete und viel belachte Anti-Exerzier-Ritual, die Bezeichnung übrigens abgeleitet von der Verniedlichung des kölschen Dialektwortes »Fott« für »Hintern« und vom Verb »stippen« für »herausstrecken«.

Eben diese erste närrische Militärformation der »Kölsche Funke rut-wieß« mit ihrem umwerfenden Publikumserfolg erlangte Berühmtheit weit über Köln hinaus und wurde zum Ur- und Vorbild all der unzähligen Korps und Garden, die heute für das Bild des rheinischen Karnevals so typisch sind. Der parodistische Hintergrund der Funken von 1823 war nicht zu verkennen, und er erregte durchaus auch dann und wann den Argwohn der Preußen – bis sich innerhalb des karnevalesken Militärwesens im Verhältnis zwischen Spiel und Wirklichkeit schließlich doch eine bemerkenswerte Veränderung anbahnte.

Die »Blauen Funken«

Als 1871 nach dem Deutsch-Französischen Krieg ein deutsches Kaiserreich unter preußischer Führung ausgerufen wurde, gab es auch in Köln vermehrt patriotische Kräfte, die sich mit dem parodistischen Gehabe der Funken nicht mehr so recht identifizierten. Das Militär, gerade in der Tradition Preußens, wurde ihnen zum vaterländischen Vorbild, das man fortan selbst im Karneval lieber imitieren als persiflieren wollte. So löste sich eine Gruppe national gesinnter Uniformträger von den Funken und suchte ihre neue Soldatenrolle im Karneval in der Grün-

◀ Rote Funken beim traditionellen Funkenbiwak auf dem Neumarkt in Köln, 10. Februar 2018

picture alliance/Geisler-Fotopress



picture alliance/arkivi



◀ Regimentstochter und Tanzoffizier der Kölner Funkenartillerie Blau-Weiß von 1870, Bilddatum um 1930

werden nicht zuletzt am Exerzierstil erkennbar, der bei den blauen Funken deutlich zackiger und ernsthafter ist als das bewusst umständliche Brimborium bei den roten.

Den Reigen der Kölner Traditionskorps komplettieren – alle zwischen 1902 und 1925 gegründet – die Ehren-Garde der Stadt Köln (1902), die Nippeser Bürgerwehr (1903), die Bürger-Garde blau-gold (1904), die Prinzen-Garde (1906), die dem wichtigsten Repräsentanten des Kölner Karnevals neben Jungfrau und Bauer, eben dem Prinzen, das Geleit gibt, die Altstädter Köln (1922), das Reiterkorps Jan von Werth (1925) und das Korps Treuer Husar blau-gelb (1925). Alle weiteren, nach 1925 gegründeten Korps und Formationen – und es sind derer viele – dürfen nicht das Prädikat »Traditionskorps« tragen. Die Sitten sind streng, die Hierarchien klar, die Ordnungen penibel, fast wie beim richtigen Militär.

dung einer keineswegs mehr primär parodistischen, sondern durchaus ernsthaften Ehrenformation zur Begleitung der närrischen Umzugsattraktionen.

Auf diese Weise entstanden in Köln die »Blauen Funken«. Statt spielzeugartiger Holzgewehre führten sie lieber blitzende Säbel mit sich. Zu Uniformen in farblicher Anlehnung an preußisch blau trugen sie statt der komischen Helme der roten Funken einen Dreispitz mit Federbusch, und statt wie die Funken als Infanterie zu marschieren, zogen sie es zumindest teilweise vor, auch als Kavallerie hoch zu Ross zu erscheinen. Hinzu kam die »Artillerie«, indem sie eine große Kanone mitzogen, aus deren Geschützrohr dann freilich keine Kugeln, sondern Konfetti und Kamelle flogen. Heute stehen sich die roten und die blauen Funken, obwohl letztere sich 1870 nach einer heftigen politischen Kontroverse von den roten abgespaltet hatten, als die beiden traditionsreichsten Kölner Karnevalskorps längst wieder freundschaftlich und ohne Vorbehalte gegenüber. Die aus den einstigen Meinungsverschiedenheiten resultierenden feinen Unterschiede zwischen beiden aber haben sich bis in die Gegenwart erhalten. Sie

▶ Mainzer Ranzengarde, 12. Februar 2018

Mainzer »Ranzen«

Aber nicht nur in Köln spielt das »Militär« in der fünften Jahreszeit eine tragende Rolle, sondern auch in einer weiteren Hochburg des rheinischen Karnevals, der hier allerdings Faschnacht heißt: in Mainz.

Dort begann sich der organisierte Karneval erst 1837 zu formieren: Und auch hier stand am Beginn eine paro-

distische Militärtruppe, die angesichts der starken Präsenz österreichischer, preußischer und hessischer Soldaten in der Bundesfestung Mainz ebenfalls nicht ohne Pikanterie war. Hervorgegangen war sie aus einem 1837 erstmals in Erscheinung getretenen närrischen Korso mit marschierenden Fußsoldaten, Reitern, Musikern und zwei Motivwagen, die alle unter dem Motto »Krähwinkler Landsturm« auftraten. Krähwinkel als literarischer Ort war durch das Lustspiel »Die deutschen Kleinbürger« des Dramatikers August von Kotzebue zu einem Synonym für engstirniges, provinzielles Denken geworden und den Angehörigen des Bildungsbürgertums durchaus geläufig. So hatte es bereits in den 1820er-Jahren an verschiedenen Orten karnevaleske Inszenierungen unter dem Titel »Krähwinkler Landsturm« gegeben. In Mainz fand das Spektakel von 1837 so großen Anklang, dass die Krähwinkel-Gardisten im Folgejahr in gleicher Uniform wieder auftraten, diesmal unter der Bezeichnung »Ranzenbataillon«.

Mit Ranzen war tatsächlich der dicke Bauch von Herrn eines gewissen Alters gemeint, und zeitweise wurden in die Mainzer Ranzengarde, die sich bis heute rühmt, ein Jahr älter als der 1838 gegründete Mainzer Carnevals Verein (MCV) zu sein, nur Aspiranten mit einem Körpergewicht von mehr als zwei Zentnern und einem Leibesumfang von mehr als sechs Fuß aufgenommen. Das war gewiss auch als Seitenhieb auf die frühere preußische Elitetruppe der



picture alliance/ZUMA Press



▲ Ranzengarde in Haslach im Kinzigtal/Schwarzwald, Februar 2018

»Langen Kerls« gemeint, bei denen nicht ein bestimmter Körperrumfang, sondern eben eine bestimmte Körpergröße als Aufnahmekriterium galt.

Badische und schwäbische Fastnacht

Das Vorbild der Mainzer Ranzengarde führte zur Entstehung zahlreicher weiterer fastnächtlicher Ranzengarden auch im südwestdeutschen Raum, von Offenburg übers mittlere Kinzigtal bis nach Oberschwaben. Besonders originell präsentiert sich dabei die Ranzengarde von Haslach, deren Gründung auf das Jahr 1876 zurückgeht. Als Überbleibsel aus einem zuvor aufgeführten Schauspiel treten die Haslacher Ranzengardisten als »Fässlemänner« auf. Ausgestattet mit einem hohen Hut, dem sogenannten Tschako, und bewaffnet mit einer Hellebarde, tragen sie um den Leib ein voluminöses Holzfaß, dessen unterer Teil an umschriebener Stelle einen Hahn hat, aus dem die Fässleträger ans Publikum Wein ausschenken.

Zur Marschmusik im Gleichschritt

Bleibt zum Schluss noch ein kurzer Blick auf ein weiteres Element von Fastnacht und Karneval: die Marschmusik. Ohne sie wären närrische Umzüge heute undenkbar. Passende Mär-

sche gehören zum Gleichschritt der Gardien und Korps ebenso wie zu den Choreographien der historischen Maskengestalten des schwäbisch-alemanischen Raums. Manche dieser Märsche sind zu förmlichen Ohrwürmern geworden – man denke nur etwa an den Mainzer Narrhalla-Marsch, der seine Ursprünge in einer Operette des französischen Komponisten Adolphe Adam hat, aber erst in der Fassung des österreichischen Regimentskapellmeisters Carl Zulehner von 1840 als Jocus-Marsch des MCV Karriere machte. Fast immer waren es Militärmusiker, die nicht selten symphonische Vorlagen zu jenen schmissigen Märschen arrangierten, wie sie für viele Orte akustisches Markenzeichen ihrer Fastnacht geworden sind. Entscheidend sind dabei die stilistischen Einflüsse der türkischen Musik, insbesondere des Spiels der Janitscharen, deren Perkussionsinstrumente die mitteleuropäische Militärmusik wesentlich mitgeformt haben. Noch im 19. Jahrhundert trug der preußische Militärmusik

pellmeister den offiziellen Berufstitel »Janitschar«. Auf welche Weise türkische Einflüsse ihren Weg in die westliche Musik fanden und wie sie besonders die Militärmusik prägten, wäre ein Thema für sich, das man bis zu Mozarts »alla turca« aus der Klaviersonate A-Dur (KV 331) zurückverfolgen könnte.

Die große Welle der militärmusikalisch arrangierten Fastnachts- und Narrenmärsche fällt in die letzten beiden Jahrzehnte des 19. und ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Damals wurde auch in der Schweiz, insbesondere in Basel, darüber diskutiert, ob man in die örtliche Fastnacht nicht ebenfalls Militärmusik nach preußischem Vorbild einführen solle, was freilich das unverwechselbare Hörerlebnis des Trommelns und Pfeifens, wie es für die Basler Fasnacht typisch ist, nachhaltig verändert hätte. In Basel stieß die Übernahme der fastnächtlichen Musikkultur von rechts des Rheins aber rasch auf Ablehnung. Die Narrenmärsche klangen den Schweizern zu reichsdeutsch, zu preußisch. Eine parodistische Antwort auf den musikalischen Militarismus des großen Nachbarn aber ließen sich die Eidgenossen nicht nehmen: Statt perfekter Blasmusik mit präzisen Trommelwirbeln, klingendem Spiel und schmetternden Trompeten formierten sie sich zu abenteuerlich verkleideten Musikgruppen mit verbeulten Instrumenten, schrägen Tönen und synkopiertem Getrommel, das ein präzises Marschieren von vornherein unmöglich machte. Dies war die Geburtsstunde der »Guggemusik«.

■ Werner Mezger



picture.alliance/KEystone

► Die Guggemusik Mohrekopf beim Cortège, dem großen Umzug, in Basel, 19. Februar 2018.



▲ Legionäre bereit zum Abmarsch. Ausschnitt aus dem Reliefband mit Szenen der Dakerkriege Trajans, zweiter Krieg, vierter Feldzug 105 n.Chr. Gipsabguss von 1861 nach dem Marmororiginal der Trajanssäule in Rom.

Das römische Militär im Feld

Die Dakerkriege Kaiser Trajans

Marcus Ulpius Traianus – in heutiger Zeit eher bekannt unter der Kurzform »Kaiser Trajan« – war von 98 bis 117 n.Chr. Herrscher des Römischen Reiches. Unter ihm erreichte es seine größte Ausdehnung.

Nach einem militärischen Sieg war es üblich, dem Triumph oder dem Triumphierenden ein Denkmal zu widmen. Die Trajanssäule, 113 n.Chr. fertiggestellt und 30 Meter hoch, symbolisiert Trajans Sieg über die Daker (ein Volk auf dem Territorium des heutigen Ru-

mäniens). Sie ist mit einem umlaufenden Reliefband aus Marmor von 203 Metern Länge geschmückt, das die zwei Kriege Trajans bildlich darstellt. Weder schriftliche Quellen noch andere Monumente geben diese Kriege derart detailliert wieder.

Der Marsch

Wie gestaltete sich nun der Marsch der Legionäre zum Einsatzgebiet? Die mitgeführte Ausrüstung variierte je nach Auftrag und Umweltbedingungen.

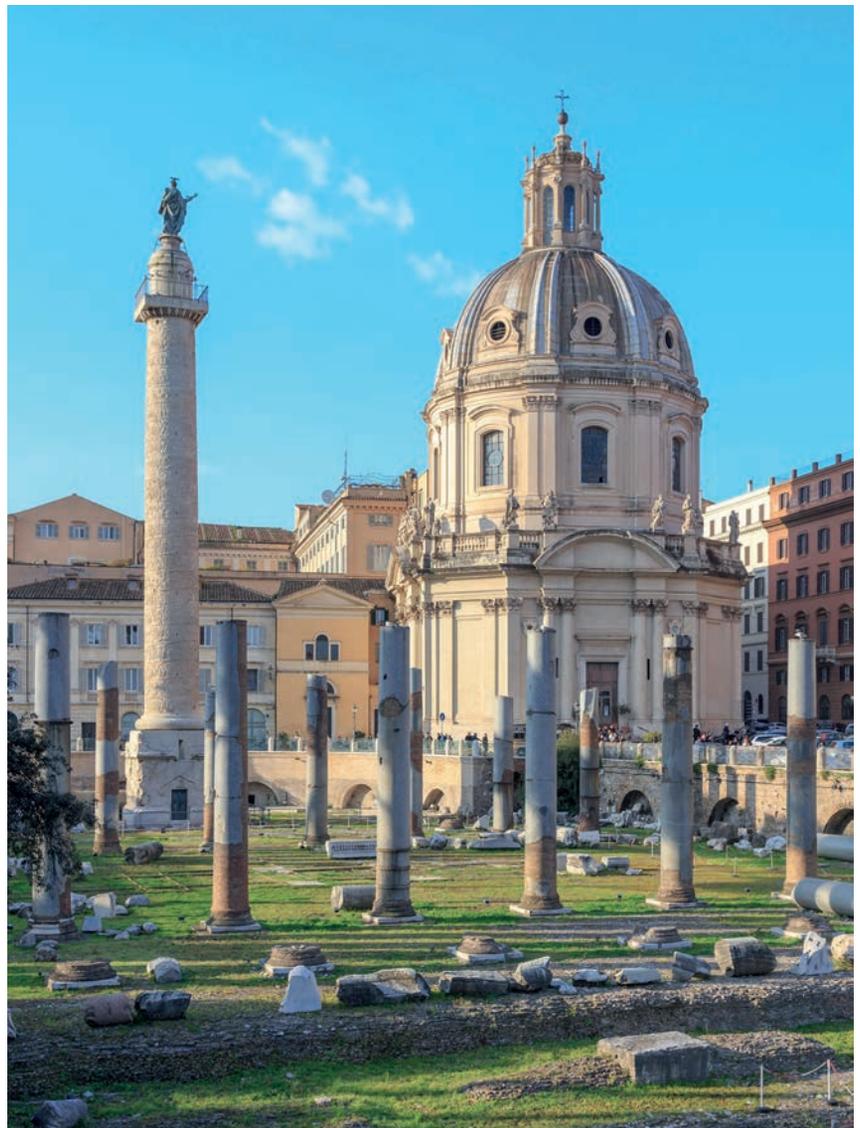
Aus diesem Grund sind auch die Angaben zur Schwere des Marschgepäcks unter den Archäologen umstritten.

Ein Beispiel ist der Schild der Legionäre, der aufgrund seines Gewichts – soweit es die Feindlage zuließ – grundsätzlich auf von Maultieren gezogenen Wagen mitgeführt wurde. Ein weiteres Problem sind die Verpflegungsvorräte. Auch hier variieren die Angaben zwischen drei und zwölf Tagessätzen. Die eiserne Ration eines Legionärs bestand aus Weizen (der zu einer Art Brei verarbeitet wurde), Brot, Hülsenfrüchten,

Olivenöl, Garum (die in römischer Zeit äußerst beliebte Sauce aus in der Sonne in Salz gegorenen Fischinnereien) und Käse. Fleisch, Fisch und Gemüse wurden in der Regel durch Jagd und Kauf ergänzt. Allein das Gewicht der Verpflegung, wobei der mitgeführte Wein und das Wasser noch nicht hinzuge-rechnet sind, ergänzt mit dem benötigten Kochgeschirr, Schanzmaterial und der Wechselkleidung, betrug etwa 16 Kilogramm. Dieses trug der Legionär in einem Gepäckbündel an einer Stange befestigt über der Schulter. Hinzu kam das Gewicht seiner Kleidung, der Stiefel, der Schienenpanzer, des Dolches, des Schwertes (*gladius*), des Wurfspeers (*pilum*) und des Helms, die zusammen etwa 14 Kilogramm wogen. Mit dem Marschgepäck wären es 30 Kilogramm, was gerade noch schul-terbar war.

Die Marschleistung variierte je nach Provinz oder Feindesland. Handelte es sich um Abschnitte im Reichsgebiet, so war der Legionär seines Schildes erleichtert und konnte vor allem auf den im Reich vorhandenen Straßen vorrücken. Somit war eine Marschleistung von 25 bis 30 Kilometern pro Tag sicher möglich. Marschierten die Legionäre jedoch in Feindesland, stellte sich die Situation deutlich komplizierter dar: Von gepflasterten Straßen römischen Standards konnte in Germanien und anderen »Barbarengeländen« nicht die Rede sein, was die Marschgeschwindigkeit deutlich verlangsamte. Zudem mussten die Soldaten auf eventuelle Angriffe vorbereitet sein und somit auch den Schild am Mann führen. Das Nachtlager stellte am Ende des Tages nochmals einen letzten beachtlichen Kraftaufwand dar.

Während bei Märschen im Reichsgebiet Unterkünfte zur Verfügung standen oder ohne Weiteres in Form von Zelten bereitgestellt werden konnten, sah dies im Feindesland anders aus. Unabhängig davon, ob Feinde in der Nähe vermutet wurden oder nicht, errichteten die Legionäre ohne Ausnahme eine Befestigungsanlage für jede Nacht. Hierfür schanzten sie in der Regel zwei Gräben um das Lager herum aus, die etwa 1,5 bis drei Meter tief und breit waren. Die ausgehobene Erde des inneren Grabens schütteten sie nun auf und darauf wurden sogenannte *pila muralia* eingebettet, die etwa einen Meter lang waren und an beiden Seiten spitz zuliefen. Sie bestanden aus Holz und wurden auf Trage-



picture alliance/Arco Images GmbH

▲ Die Trajanssäule auf dem Trajanforum in Rom. Die Ehrensäule wurde 112/113 n.Chr. errichtet. Auf der Plattform befand sich zunächst die vergoldete Statue Kaiser Trajans, 1587 ließ Papst Sixtus V. eine Statue des Apostels Paulus dort aufstellen.

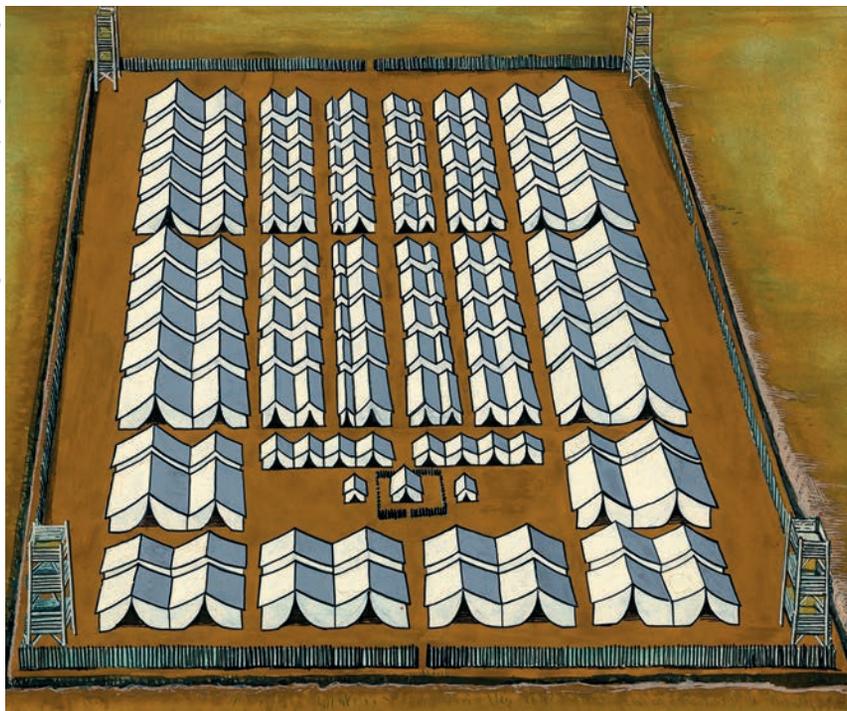
tieren im Tross mitgeführt. Obgleich es sich bei dieser Konstruktion um keine unüberwindbare Verteidigungsstruktur handelte, war sie absolut zweckmäßig und verhinderte in Kombination mit Nachtwachen jeglichen nächtlichen Überraschungsangriff, der zu einem Auslösen der Kohorte oder Legion geführt hätte.

Da bei der Vorbereitung des Nachtlagers verschiedene Arbeiten erledigt werden mussten, wurde nur ein Teil der Legionäre für das Ausschützen eingeteilt. Das Anlegen des Nachtlagers führten die Legionäre mit einer für die Antike beispiellosen Disziplin durch, die gleichzeitig auch das Erfolgsrezept des römischen Militärs war.

Operationsführung

Generell wurden größere militärische Unternehmungen in den Wintermonaten vermieden. Dies hatte mit der deutlich größeren Wetteranfälligkeit der antiken Bevölkerung zu tun. Die Versorgung von Tieren und Soldaten auf längeren Märschen stellte zudem ein Risiko dar, sodass man in der Regel zwischen November und März das Winterlager bezog und nur in Ausnahmefällen größere militärische Operationen durchführte.

Die Stärke des römischen Militärs gründete letztendlich auf Effizienz und Pragmatismus. Lange Zermürbungskriege widersprachen dem Kriegsbild der Römer, die eine schnelle



▲ Skizze eines römischen Militärlagers

Entscheidung suchten. Somit wurde das Prinzip der »verbrannten Erde« ohne zu zögern angewandt. Stellte sich der Gegner in einer offenen Feldschlacht, wurde dieser mit voller Kraft angegriffen und vernichtet. Überlegene Kampfkraft durch überlegene Vorbereitung, Organisation, Ausbildung und Disziplin waren ausschlaggebende Faktoren für die römische Kriegsmaschine. Gleichzeitig verfügte das römische Heer inklusive Hilfstruppen und Marine im 2. Jahrhundert n. Chr. vermutlich über eine Gesamtstärke von etwa 350 000 Soldaten. Kein anderes Volk in der Antike und bis ins späte 18. Jahrhundert leistete sich ein solch großes stehendes Heer. Vor allem handelte es sich hierbei um eine Berufsarmee, wohingegen Roms Gegner »Teilzeitsoldaten« waren, die in der Regel handwerklichen oder landwirtschaftlichen Berufen nachgingen.

Formationen und Taktik

Die vermutlich bekannteste römische Kriegsformation ist der sogenannte *testudo* (Abb. Seite 17), der jedoch nur selten Verwendung fand. Ansonsten war das römische Vorgehen unkompliziert. Auf einem Schlachtfeld wurde der häufig etwas unorganisierte Feind zunächst von Katapulten der römischen Artillerie beschossen. In Schlachtformation teilte sich die Truppe

dann in ein Zentrum sowie einen linken und rechten Flügel auf. Hierbei war die Vorgehensweise des Kommandeurs relativ einfach. Entweder versuchte er die Reihen des Gegners frontal zu durchstoßen oder er präsentierte eine einheitliche Front und verstärkte die Flügel, um so den Gegner zu umfassen. Der im 1. Jahrhundert n. Chr. lebende römische Historiker Sextus Iulius Frontinus beschreibt diese Vorgehensweise in den von ihm verfassten *Strategemation* (2,3 1–24), einer Art Handbuch für römische Offiziere.

Dank der antiken Autoren und archäologischen Feldforschung sind wir über die Verwendung des *pilum* im Kampf gut unterrichtet. So scheint es gesichert, dass die Legionäre in der Regel in Kampfformation auf den Gegner vorrückten und dann rottenweise die Speere warfen, um so den Gegner oder dessen Schild zu treffen. Bohrte sich der Speer in den Schild des Gegners, machte er jenen unbrauchbar. Nach dem Wurf zogen die Legionäre ihre Schwerter und rückten in geschlossener Formation in den Kampf. Da in mehreren Linien vorgerückt wurde, ließen sich die vorderen Reihen im Laufe des Gefechts zurückfallen und wurden so durch »frische« ersetzt. Gleiches galt, wenn Legionäre verwundet wurden oder fielen. In diesem Fall wurden sie durch den dahinterstehenden Kameraden ersetzt. Hierbei kam dem *optio*

(vergleichbar mit einem Leutnant) und dem *centurio* als Chef einer jeden Zenturie die Überwachung der Einhaltung der Formation während der Schlacht zu. Somit wurde das koordinierte Vorrücken der einzelnen Zenturien untereinander sichergestellt und Lücken in der Schlachtreihe geschlossen.

Der Feldzug gegen die Daker

Für einen neuzeitlichen Militärhistoriker ist die Rekonstruktion des Operationsverlaufs einer antiken Schlacht oder Krieges vermutlich enttäuschend, da die überlieferten Quellen dies in der Regel nicht zulassen. Auch für die Dakerkriege sind die Kenntnisse sehr fragmentarisch, da die Schlachtfelder und Marschrouten oft kaum noch feststellbar sind. Zudem übertrieb die zeitgenössische römische Literatur häufig maßlos die Truppenstärke und Verluste der Gegner Roms. Über den genauen Schlachtverlauf sind daher in der Regel wenig verlässliche Informationen vorhanden. Deshalb kann auch für die Dakerkriege der Kriegsverlauf nur umrisshaft rekonstruiert werden.

Dank des antiken Schriftstellers Cassius Dio wissen wir, dass der erste Dakerkrieg 101/102 n. Chr. stattfand. Da die Römer generell bestrebt waren, einen gerechten Krieg (*bellum iustum*) zu führen, musste auch für den Feldzug gegen die Daker eine Begründung gefunden werden. Demnach, so heißt es bei Cassius Dio, hätten die Daker den unter Kaiser Domitian (81–96 n. Chr.) unterzeichneten Friedensvertrag verletzt und verdienten somit vom Römischen Reich bestraft zu werden.

Auch den Ablauf der Dakerkriege kennen wir überwiegend aus der »Römischen Geschichte« des Cassius Dio, der diese unter dem Kaiser Alexander Severus über 100 Jahre danach verfasste (222 bis 235 n. Chr.).

Für den ersten Dakerkrieg wurden vermutlich um die 50 000 Soldaten herangezogen, wovon etwa die Hälfte Hilfstruppen waren. Da die Legionen im Römischen Reich in den Grenzregionen stationiert waren, zog man bei einem Feldzug nur jeweils einzelne Kohorten (etwa 600 Soldaten) aus den im Reich verteilten Legionen heran, um so die Reichsgrenzen nicht völlig zu entblößen.

Im Frühjahr 101 n. Chr. startete die Invasion Dakiens. Hierfür musste das römische Heer zuerst die Donau überqueren. Der Fluss stellte jedoch kein

Hindernis dar, da die Legionen den Brückenbau beherrschten. Es folgten einzelne Schlachten gegen die Daker. Nach dem Rückzug in befestigte Winterlager konnten die Römer im Folgejahr erneut vorrücken.

Im Bildprogramm des ersten Dakerkrieges der Trajanssäule werden die Kämpfe als offene Feldschlachten dargestellt. Anstatt sich nämlich hinter den Mauern einer Festung zu verschanzen, wählten die Römer den Kampf auf dem offenen Feld und vertrauten hierbei auf ihre überlegene Taktik. Sobald der Gegner sich einer römischen Festung näherte, rückte deren Besatzung aus, um eben diesen Gegner vor den eigenen Mauern zu attackieren. Auf der Trajanssäule sind mehrere Angriffe auf befestigte Stützpunkte der Daker sowie der anschließende Vormarsch auf die dakische Hauptstadt Sarmizegetusa (heute: Gemeinde im rumänischen Siebenbürgen) dargestellt. Hierauf musste der dakische König Decebalus kapitulieren. Dies genügte den Römern in der Regel, da sie bestrebt waren, bestehende Strukturen beizubehalten und somit eine eher indirekte Herrschaft mit Unterstützung der einheimischen Eliten auszuüben. Dakien wurde nach dem ersten Krieg nicht in eine römische Provinz umgewandelt, sondern Dece-

balus und Angehörige des dakischen Adels mussten Rom nur die Treue schwören. Trajan konnte so im selben Jahr nach Rom zurückkehren, einen Triumph feiern und fortan den Titel *DACICUS* (Bezwinger der Daker) tragen.

Im Sommer 105 n. Chr. musste Trajan jedoch erneut nach Dakien aufbrechen, da die Daker sich nicht an die Friedensbestimmungen hielten. Die Invasion Dakiens begann im Frühjahr 106. Trajan überschritt mit seinen Truppen die Donau vermutlich bei der heutigen Stadt Dobreta, wo das römische Militär bereits eine Steinbrücke errichtet hatte. Unterstützt wird diese Annahme durch den Fund der Reste eines 37 Hektar großen römischen Heerlagers, das etwa zwei Legionen hätte beherbergen können.

Aufgrund der Berichte von Cassius Dio und der Bilder auf der Trajanssäule wissen wir, dass das Kriegsjahr von Belagerungen dakischer Stützpunkte bestimmt war. Vermutlich war Trajans Heer so stark überlegen, dass den Dakern nichts anderes übrigblieb, als sich zu verschanzen. Die Römer rückten organisiert sowie gut versorgt vor und belagerten die wichtigsten Stützpunkte des Feindes, bis schließlich dessen Hauptstadt Sarmizegetusa fiel und der

enorme königliche Goldschatz erbeutet wurde. Decabalus wählte auf der Flucht den Freitod und ersparte sich hierdurch die Erniedrigung in einem Triumphzug durch Rom angeketet mitgeführt und anschließend hingerichtet zu werden.

Letzten Endes zeigen die Bild Darstellungen auf der Trajanssäule beider Dakerkriege die typische Operationsführung der römischen Armee: offene Feldschlachten und Belagerungen feindlicher Stützpunkte. Die operative Vorgehensweise römischer Generäle war hierbei nicht das gekonnte Ausmanövrieren des Gegners, sondern eine direkte aggressive Taktik, gepaart mit dem beharrlichen Willen, den Feind niederzuwerfen. Hierbei war auch die Versorgung der eigenen Verbände eine klare Stärke der Römer, die auf Märschen und beim Vorrücken systematisch Depots anlegten, um so die eigenen Truppen weiterhin über kurze Wege versorgen zu können.

■ *Lucas Michaelis*

Literaturtipps

Marcus Junkelmann, Die Legionen des Augustus, Mainz 1986.

Danae Richter, Das römische Heer auf der Trajanssäule, Mannheim/Mölnesee 2004.



Die vermutlich bekannteste Formation des römischen Heeres ist die sogenannte Schildkröte, die im Lateinischen als *testudo* bekannt ist. Das vordere Glied hob hierbei die Schilder auf Augenhöhe, wohingegen die hinteren Glieder die Schilder über ihre Köpfe hielten, so dass eine Art zusammenhängender Panzer entsteht, der ein Vorrücken gegen Pfeilbeschuss ermöglicht. Die äußerste linke und rechte Rotte schützten mit ihren Schilden die Flanken. Diese Angriffstechnik wurde in der Regel beim Angriff auf belagerte Städte angewendet. Eine detaillierte Beschreibung finden wir bei dem römischen Historiker und Geschichtsschreiber Titus Livius (* vermutlich 59 v. Chr., † vermutlich 17 n. Chr.) in seinem Werk zur Geschichte Roms.

◀ Darstellung auf der Trajanssäule: Römische Legionäre schlagen in Testudoformation einen dakischen Angriff zurück.



Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

▲ Inmitten einer Menschenmenge: deutsche Soldaten auf einer Straße in Tiflis

Deutsche Truppen in Georgien 1918

Zwischen Weltmachtsträumen und Realpolitik

Im Frühjahr 1918 setzte das Deutsche Kaiserreich militärisch alles auf eine Karte. In einer großen Offensive sollten die Westmächte in die Knie gezwungen werden. Als die Kämpfe an der Westfront im späten Frühjahr 1918 ihren Höhepunkt erreichten, entschloss sich die deutsche 3. Oberste Heeresleitung (OHL) zu einem überraschenden Schritt am anderen Ende Europas. Anfang Juni 1918 landeten Truppen in Georgien, um den deutschen Einfluss auf den Kaukasus auszudehnen. Welche Ziele verfolgte die deutsche Politik dabei? Wie entwickelte sich die Lage im Kaukasus 1918?

Gründe für die deutsche Intervention

Nach der Oktoberrevolution 1917 zerfiel das Russische Reich. Die Bolschewiki konnten sich als neue Machthaber

vielerorts nicht durchsetzen. An den Rändern des ehemaligen Zarenreichs riefen neue Staaten wie Finnland oder die Ukraine ihre Unabhängigkeit aus. Im Kaukasus entstand die Transkaukasische Republik; ihre Schwäche weckte die Begierde des Osmanischen Reichs mit seinen pan-türkischen Träumen. So begann die osmanische 3. Armee im Februar 1918 ihren Vormarsch und brachte Ende Mai 1918 die Transkaukasische Republik schnell zum Einsturz. Anfang Juni zwang das Osmanische Reich schließlich deren Nachfolgestaaten Georgien, Aserbaidschan und Armenien zur Annahme des Friedensvertrags von Batumi. Die Hafemetropole Baku mit ihren Erdölfeldern blieb zwar vorerst noch in sowjetrussischer Hand, war aber von einem weiteren osmanischen Vorstoß bedroht. Die neuen Machtverhältnisse im Kaukasus riefen nun das Deutsche Reich auf den Plan.

Die OHL unter General Erich Ludendorff verfolgte in jenen Monaten eine Doppelstrategie gegenüber den Moskauer Bolschewiki. Einerseits war sie an einer Schwächung Sowjetrusslands interessiert; daher unterstützte das Deutsche Reich die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen an den Rändern des Reichs. Andererseits aber brauchten die Deutschen auch die neuen bolschewistischen Machthaber.

Der im März 1918 mit Sowjetrussland geschlossene Friedensvertrag von Brest-Litowsk garantierte nämlich dem Deutschen Reich »freien Rücken« in Osteuropa. Ohne die dadurch ermöglichte Freisetzung und Verlegung von Kräften wäre eine Konzentration deutscher Truppen an der Westfront unrealistisch gewesen. Der osmanische Feldzug im Kaukasus bedrohte nun die gesamte Friedensordnung in Osteuropa und darüber hinaus. Eine weitere

Schwächung Sowjetrusslands lag daher nicht im deutschen Interesse. Die Frage für die deutsche Kaukasus-Politik war ganz einfach. Wer war wichtiger: das Osmanische Reich als eigentlicher Verbündeter oder Sowjetrussland als Garant des Brest-Litowsker Friedensvertrags?

Ludendorff entschied sich für Sowjetrussland. Deutsche Truppen sollten in Georgien intervenieren und damit einen Puffer zwischen Türken und Bolschewiki bilden. Es sprachen aber noch weitere Gründe für ein deutsches Eingreifen. Denn auch die Briten breiteten schon ihre Fühler in den Kaukasus aus. Von Persien aus konnte Major-General Lionel Dunsterforce jederzeit Richtung Baku und die dortigen Ölfelder marschieren. Aber auch die Deutschen waren am »schwarzen Gold« interessiert. Mehr noch: Ludendorff glaubte, ohne das kaspische Öl könne das Deutsche Reich im Jahr 1919 keinen Krieg mehr führen.

In der Kaukasus-Frage stand Ludendorff unter dem Einfluss einer Reihe von hohen Militärs mit Expertise in der Orientpolitik, darunter der Militärattaché in Istanbul, Otto von Lossow, und der Generalstabschef der Osmanischen Armee, Hans von Seeckt. Der

Kaukasus galt als Sprungbrett nach Indien. Auch Kaiser Wilhelm II. war von dieser Option überzeugt.

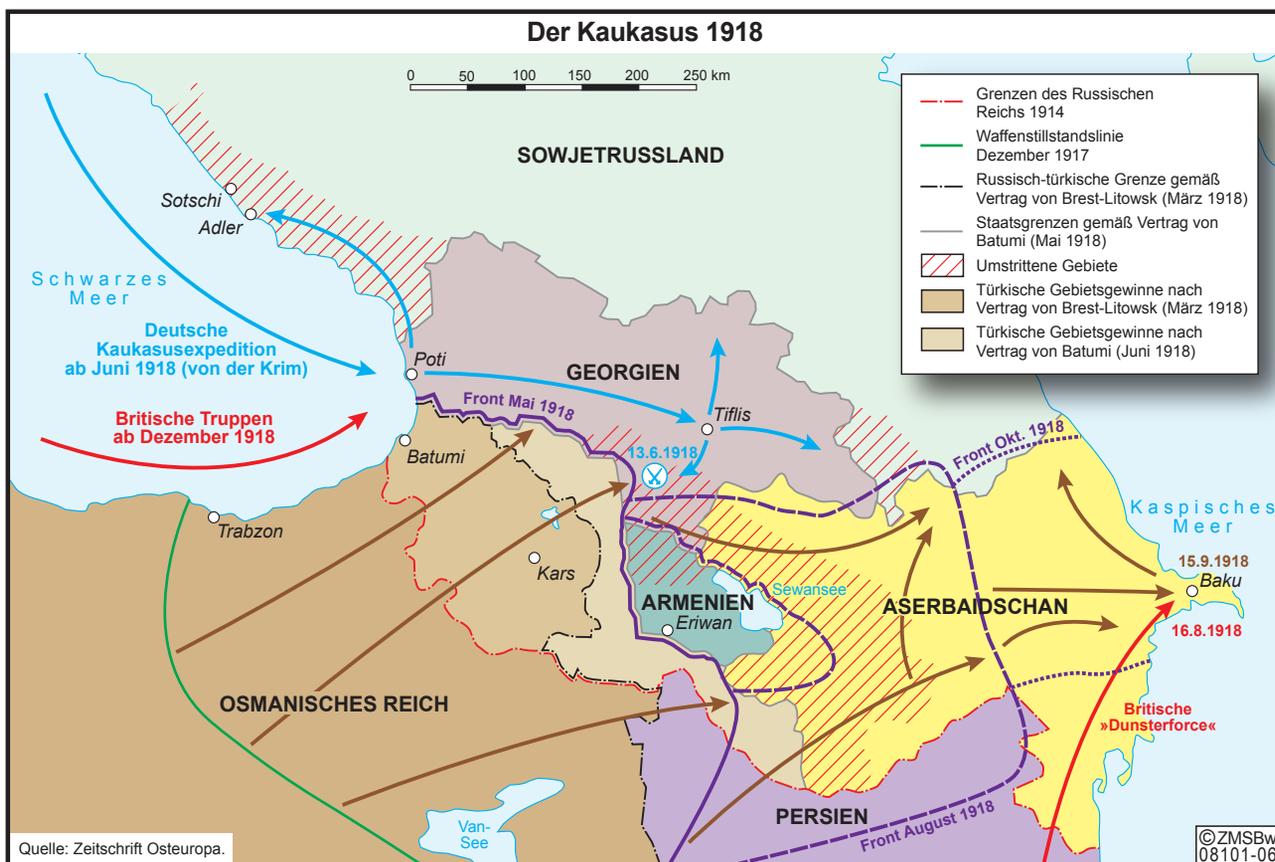
Im Gegensatz dazu warnten Reichskanzler Georg Graf von Hertling und sein Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Richard Kühlmann, vor einer weiteren Überdehnung der deutschen Kräfte und einer Entfremdung vom osmanischen Verbündeten. Doch Ludendorff ließ sich nicht von seiner Entscheidung abbringen. Am 28. Mai 1918 schloss das Deutsche Reich mit der georgischen Regierung einen Schutzvertrag. Ludendorff hoffte auf einen Domino-Effekt: Nach einer Stabilisierung Georgiens würden sich auch Armenien und Aserbaidschan an das Deutsche Reich anlehnen und gemeinsam einen »Kaukasischen Block« bilden.

Die deutschen Interventions-truppen

Anfang Juni setzten die ersten deutschen Truppen von Sevastopol ins georgische Poti über. Nach der Landung am 8. Juni 1918 erreichten sie wenige Tage später die Hauptstadt Tiflis. Zunächst war das deutsche Kontingent nicht stärker als zwei Bataillone mit insgesamt 1500 Mann (Bayerisches Reser-

ve-Jäger-Bataillon Nr. 1 und Sturm-Bataillon Nr. 10). Kurz darauf folgte Generalmajor Friedrich Krefß von Kressenstein als militärischer Befehlshaber sowie politischer Chef der »Kaiserlich Deutschen Delegation im Kaukasus«. Der bayerische Offizier Krefß entstammte einer alten Patrizierfamilie aus Nürnberg und galt als umgängliche, intelligente sowie gebildete Persönlichkeit mit herausragenden militärischen Fähigkeiten. Als ehemaliger Oberbefehlshaber der osmanischen 8. Armee in Palästina verfügte er zudem über umfangreiche Orientfahrung.

Die Rahmenbedingungen seiner Mission waren allerdings weniger ideal. Weder die OHL noch das Auswärtige Amt hatten ihm irgendwelche Leitlinien mitgegeben. So musste Krefß sich selbst eine politische Agenda setzen. Er identifizierte dabei drei Ziele: erstens die Unterstützung der georgischen Regierung beim Aufbau eines eigenen Staats; zweitens die Befriedung des Landes; drittens die Aufstellung und Ausbildung einer neuen georgischen Armee. Dabei achtete Krefß darauf, sich nicht in die georgische Innenpolitik einzumischen. Er befahl seiner Truppe, das Vertrauen der Bevölkerung zu ge-



akg-images/WHA/World History Archive



▲ Generalmajor Friedrich Kreß von Kressenstein, militärischer Befehlshaber und politischer Chef der »Kaiserlich Deutschen Delegation im Kaukasus«

winnen, um »zu beweisen, dass wir wirklich ihre Freunde sind und ihr Bestes wollen«. Rückblickend musste er aber auch ein mangelndes kulturelles Verständnis seitens vieler deutscher Militärs beklagen, wobei vor allem die Preußen Zielscheibe seiner Kritik wurden.

Kreß gelang es, seine Ziele nur teilweise zu verwirklichen. Der georgische Staat kam politisch und wirtschaftlich nicht so recht auf die Beine. Der Handel mit dem Deutschen Reich stockte aufgrund zahlreicher bürokratischer Verordnungen in beiden Ländern. Mit dem planmäßigen Aufbau einer regulären georgischen Armee wurde erst im Oktober 1918 begonnen, als es bereits schon zu spät war. Einzig

die Befriedung des Landes zeigte ein weitgehend positives Ergebnis. Nach dem Zusammenbruch der russischen Zentralmacht konnte die neue georgische Regierung zunächst nicht das staatliche Gewaltmonopol aufrechterhalten, sodass deutsche Truppen für Ordnung im Chaos sorgen mussten. Sie sammelten Waffen in rebellischen Dörfern ein und bekämpften marodierende Banden auf dem Land. Hierbei kam es allerdings in einzelnen Fällen zu gewalttätigen Übergriffen deutscher Truppen gegenüber der Zivilbevölkerung, sodass sich Kreß gezwungen sah, scharfe Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Problematisch blieb auch das Verhalten des türkischen Verbündeten. Trotz der Präsenz deutscher Truppen gab das Osmanische Reich seine pan-türkischen Eroberungspläne im Kaukasus nicht auf. So überschritten Anfang Juni osmanische Streitkräfte die georgische Grenze und erhielten von einheimischen Aserbajdschanern Unterstützung. Kurz darauf, am 13. Juni 1918, spielte sich eines der bizarrsten Ereignisse des Ersten Weltkriegs ab. An der Eisenbahnlinie über den Fluss Khrami, etwa 40 Kilometer südlich von Tiflis, stand das Bayerische Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 1 zusammen mit 1000 georgischen Soldaten und war fest entschlossen, den osmanischen Invasoren die Stirn zu bieten. Die Situation eskalierte in einem Kampf zwischen den Deutschen und den Türken, wobei das Bayerische Bataillon Verluste von fast 20 Mann erlitt.

Truppen der Mittelmächte hatten aufeinander geschossen, das deutsch-

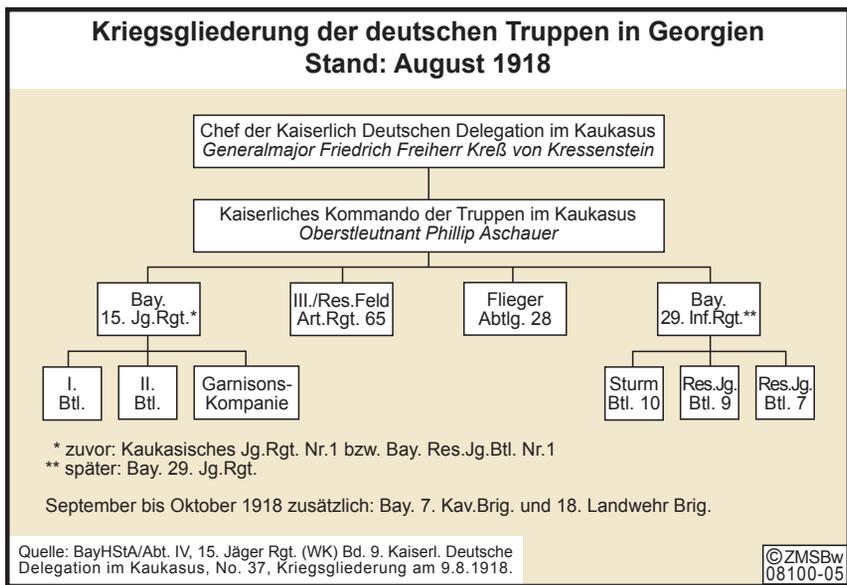
türkische Bündnis stand auf dem Spiel. So musste die hohe Diplomatie eingreifen und erzwang den Abzug der Osmanen aus Georgien. Kreß befahl nun, künftige Auseinandersetzungen mit osmanischen Truppen friedlich zu lösen, aber nur »solange dies die Ehre der deutschen Waffen gestattet«. Was dies hieß, zeigte ein Befehl des Bayerischen Reserve-Jäger-Bataillons Nr. 1: Osmanische Soldaten sollten bei Widerstand »erschossen oder erstochen« werden. Die Deutschen waren also gewillt, die staatliche Unabhängigkeit des neuen georgischen Verbündeten mit allen Mitteln zu verteidigen.

Der türkische Vormarsch nach Baku

Die deutsch-türkischen Beziehungen standen nur wenig später erneut auf dem Prüfstein. Ludendorff forderte die türkische Regierung zu einem Feldzug nach Persien gegen die Briten auf. Doch diese verfolgte nach wie vor lieber ihre pan-türkischen Pläne und nahm Anfang August den »Mord- und Beute-Krieg im Kaukasus« wieder auf, wie das deutsche Auswärtige Amt diesen Feldzug charakterisierte. Die »Türkische Armee des Islam« unter Nuri Pascha marschierte auf Baku, um die Stadt aus der Hand Sowjetuslands zu entreißen. Der Besitz der Hafenstadt war für Moskau von enormer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung; der Verlust hätte eine massive Schwächung der Bolschewiki bedeutet. Der Friede von Brest-Litowsk war damit erneut in Gefahr und wieder stand die deutsche Politik vor der Frage, was schwerer wog: Das Bündnis mit dem Osmanischen Reich oder der Friede mit Sowjetrußland?

Wie schon einige Monate zuvor, entschied sich Ludendorff erneut gegen Istanbul und für Moskau. Das Deutsche Kaiserreich und das bolschewikische Russland formten in jenen Monaten eine an der reinen Machtpolitik orientierte De-facto-Allianz über alle ideologischen Hürden hinweg.

Ludendorff schickte nun Verstärkungen in den Kaukasus, um den türkischen Vormarsch zu blockieren und gleichzeitig der britischen »Dunsterforce« den Zugriff auf Baku zu verwehren. Mitte September landeten daher, aus der Ukraine kommend, die Bayerische 7. Kavallerie-Brigade und die 18. Landwehrbrigade in Georgien. Bereits zuvor war das Bayerische



29. Infanterie-Regiment dorthin verlegt worden und das Bayerische Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 1 zum Bayerischen 15. Infanterie-Regiment umgebildet worden. Die Anzahl der deutschen Truppen in Georgien erreichte mit 13 000 Mann ihren Höhepunkt.

Die militärischen Verstärkungen kamen aber zu spät. Zunächst nahm die britische »Dunsterforce« Baku ein, zog dann aber wieder ab, bis schließlich die »Türkische Armee des Islam« am 15. September Baku eroberte. Zahllose Plünderungen in der Hafenstadt schlossen sich an. Einheimische Aserbaidschaner, aber auch türkische Soldaten ermordeten in der Stadt 20 000 bis 30 000 Christen, allen voran Armenier. Bereits in den Monaten zuvor hatte die türkische Invasionsarmee Tausende von Armeniern umgebracht oder sie dem Hungertod preisgegeben. Der Völkermord erreichte somit einen letzten Höhepunkt. Dabei war die Gewalt nicht mehr einseitig, denn auch die Armenier hatten, teils gemeinsam mit den Bolschewiki, in den Monaten zuvor zahlreiche Türken und Aserbaidschaner umgebracht, so im März 1918 in Baku.

Die Haltung des deutschen Militärs zum Völkermord ihres osmanischen Verbündeten war 1918 eindeutig ablehnend. Krefß sandte klare Botschaften ans Auswärtige Amt und warnte:

»Unser Ansehen und unser Einfluss im Orient würden abgesehen vom Gebot der Menschlichkeit schwerste Einbuße erleiden, wenn wir uns zu schwach erweisen, dass wir [die] Rettung einer halben Million Christen vor sicherem Hungertod bei [der] Türkei nicht durchsetzen können. Von [der] öffentlichen Meinung und [der] Geschichte würde uns die Schuld an [der] Vernichtung der Armenier zugemessen werden, auch würde [die] Auffassung neue Nahrung finden, dass wir mitschuldig an [den] Armeniergreueln von 1915 seien.«

In seinen unveröffentlichten Memoiren von 1943 resümierte der bayerische General noch einmal anklagend und gleichzeitig selbstkritisch: »Es war für uns tief beschämend, dass wir durch die Kriegslage gezwungen waren, mit solchen Bestien wie den Türken zusammenzuarbeiten und ihnen gegenüber nicht so auftreten konnten, wie es die Menschlichkeit gefordert hätte.«

Die türkische Eroberung Bakus stellte sämtliche Mächte im Kaukasus vor vollendete Tatsachen. Immerhin gelang



akg-images/Pictures From History

▲ Hungernde armenische Flüchtlinge 1918. Der Völkermord an den Armeniern erreichte einen letzten Höhepunkt.

der deutschen Diplomatie sehr schnell ein Teilerfolg. In einem Geheimvertrag vom 23. September 1918 vereinbarten das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich eine Aufteilung der Rohstoffe – insbesondere des Öls – aus dem Kaukasus. Die »Türkische Armee des Islam« sollte sich dafür aus der Region zurückziehen und die Türkei die Unabhängigkeit der neuen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan anerkennen.

Die militärische Lage an den anderen Fronten machte diese Vereinbarungen jedoch sehr schnell obsolet. Mitte Oktober wurden die Bayerische 7. Kavallerie-Brigade und die 18. Landwehr-Brigade auf den Balkan geschickt. Ende des Monats ging der Abzugsbefehl an die verbliebenen deutschen Verbände. Nach dem Waffenstillstand von Compiègne und der Landung alliierter Truppen im Kaukasus verzögerte sich aber der deutsche Rückzug für einige Monate. So erreichte Krefß mit den letzten deutschen Truppen erst im Juni 1919 wieder die Heimat.

Die deutsche Kaukasus-Expedition 1918: Eine Bewertung

Zweifellos sollte die deutsche Kaukasus-Expedition den deutschen Machtbereich an den Rändern Europas erweitern, doch kann man sie nur schwerlich als »Griff nach der Weltmacht« bezeichnen. Zwar geisterte in den Köpfen einiger Entscheidungsträger der Kaukasus als Sprungbrett nach Indien, doch konkrete Planungen dafür fehlten. Die Entscheidung in Georgien zu intervenieren, fiel vielmehr spontan und die Ausführung war chaotisch. Vor allem fehlte eine strategische Marschroute und so musste Krefß auf eigene Initiative Politik vor Ort betreiben.

Ludendorff ist viel für seinen mangelnden strategischen Weitblick und seine utopische Machtpolitik kritisiert worden. Mittel und Ziele standen bei ihm häufig nicht im Einklang miteinander. Im Falle des Kaukasus 1918 muss man Ludendorff aber von dieser Kritik verschonen, sofern man die damaligen Prinzipien der Machtpolitik als Gradmesser sieht. Die 13 000 deutschen Soldaten hätten an der Westfront keinesfalls eine Änderung der Kriegslage bedeutet. In dem Machtvakuum des zerfallenden Russischen Reiches aber konnte eine militärische Streitmacht dieser Größe durchaus einiges bewirken, wie dies zur selben Zeit die Entsendung der deutschen »Ostsee-Division« nach Finnland zeigte.

Im Zeitalter des Imperialismus ging es darum, regionale Machtvakuen geschickt auszunutzen und lokale Gruppierungen gegeneinander auszuspielen. Kolonial- und Weltreiche wurden nicht mit Massen-, sondern mit kleinen Expeditionsarmeen erobert. Ludendorff konnte also in Georgien viel gewinnen, aber nur wenig verlieren. Letztlich blieb das Unternehmen zwar erfolglos, doch gemessen an der damaligen imperialen Denkweise beruhte es auf einer logischen Entscheidung: Es ging im Kaukasus 1918 nicht um die Unterdrückung der lokalen Bevölkerung, sondern um die Hilfe beim Aufbau eines neuen, freilich eng an das Deutsche Reich angelehnten, georgischen Staates.

■ Peter Lieb

Literaturtipp

Wolfdieter Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil 2: Die Zeit der versuchten kaukasischen Staatlichkeit (1917–1918), Wien 1992.

Der Bagdad-Pakt

Nach 1945 zeichneten sich in wenigen Jahren die Konturen des Kalten Krieges zwischen der westlichen und der kommunistischen Welt ab. Zu den frühen Konflikten gehörten noch vor der Berlin-Blockade 1948/49 die Krise um den Verbleib sowjetischer Truppen im Nordiran, um sowjetische Gebietsansprüche gegenüber der Türkei und der Griechische Bürgerkrieg.

Mit dem 1950 ausbrechenden Koreakrieg zeigte sich, dass eine direkte militärische Konfrontation zwischen Ost und West im Bereich des Möglichen lag. Die USA suchten deshalb Allianzen gegen die kommunistischen Mächte Sowjetunion und China von Europa bis Fernost zu schmieden.

In diesem Zusammenhang musste auch für den Nahen und Mittleren Osten eine sicherheitspolitische Ordnung gefunden werden, die zudem energiepolitische Erwägungen berücksichtigte: nämlich den Zugang zu den wichtigsten Ölreserven der Welt. Ziel der amerikanischen Regierung war es deshalb, zwischen die 1949 gegründete NATO im Nordatlantik und die 1954 im Pazifik ins Leben gerufene SEATO (South East Asia Treaty Organization) ein Bündnis vom Bosphorus bis zum Hindukusch einzuschleiben.

Ein Schutzschild entlang der Südfanke der Sowjetunion lag auch in britischem Interesse. In einem regionalen Bündnis sah Großbritannien ein probates Mittel zur Stabilisierung der verbliebenen Einflusszone »östlich von Suez« (Aden, Oman, Golf) nach der Unabhängigkeit Indiens 1947. Den Briten ging es ebenfalls um den Zugang zum Öl als zunehmend wichtigem Handelsgut: Die europäische Nachfrage nach dem Rohstoff war auf eine jährliche Wachstumsrate von sechs bis acht Prozent berechnet worden.

Doch welche Länder sollten das nahöstliche Bollwerk gegen die UdSSR bilden? Hier gab es unterschiedliche Standpunkte. Als Flankenmacht der Region wiesen die USA der Türkei eine Schlüsselrolle zu: Widerstand die Regierung in Ankara einer möglichen politischen Offensive Moskaus – wie sie 1946 schon einmal in der Auseinandersetzung um die Kontrolle über die Schwarzmeer-Zugänge ausgebrochen war –, dann hatte diese Standfestigkeit Signalwirkung für die Nachbarn der Türkei.

Für die Briten waren hingegen ihre historischen Basen weiter westlich in Ägypten und hier vor allem am Suezkanal von zentraler Bedeutung. Die USA jedoch wollten keinen solchen zu-

rück genommenen »südlichen Riegel«, sondern eine Eindämmung des Kommunismus direkt an seinen geografischen Grenzen.

Die arabische Welt nahm die kommunistische Gefahr dagegen eher abstrakt wahr. Im Vordergrund standen für sie vielmehr die Folgen des ersten Israelisch-Arabischen Krieges von 1948/49: Grenzfragen in Palästina, das Flüchtlingsproblem, die Frage nach den Wasserreserven des Heiligen Landes und der Status von Jerusalem. Für die Araber saß der Feind nicht weit entfernt, nördlich von Taurus- und Zagros-Gebirge, sondern unmittelbar westlich des Jordanflusses, im jüdischen Staat.

Als zweiten Eckpfeiler eines Bündnisses umwarben die USA Pakistan. Die Regierung in Islamabad zeigte Interesse, auch, aber nicht nur wegen einer sowjetischen Aggression: Die Pakistanis wollten ihre eigene geostrategische Lage gegenüber Afghanistan und Indien verbessern. Der Territorialkonflikt mit Indien um Kaschmir war ihnen letztlich wichtiger als eine unbestimmte Bedrohung durch Moskaus Truppen.

Eine schwierige Gründung

Die säkulare Türkei und das islamische Pakistan schlossen schließlich unter amerikanischer Vermittlung im April 1954 ein Freundschaftsabkommen: Der Vorläufer und Grundstein für den Bagdad-Pakt war gelegt, flankiert von bilateralen Militärhilfeabkommen der USA mit der Türkei, Pakistan und dem Irak. Zugleich war die Türkei durch ihre Mitgliedschaften das institutionelle Bindeglied zur NATO. Pakistan sollte diese Funktion in der nur wenig später gegründeten SEATO ausüben.

Der eigentliche Pakt wurde im Februar 1955 dann jedoch zwischen der Türkei und der Regierung des Irak geschlossen. Dessen probritischer Premierminister Nuri as-Said war der arabische Gegenspieler des ägyptischen Präsidenten Gamal Abd en-Nasser. Washington blieb dem Abkommen allerdings fern. Gründe dafür lagen in





▲ Nuri as-Said (1888–1958), Premierminister des Königreichs Irak

der Sorge vor einer deutlichen sowjetischen Gegenreaktion, vor allem aber in der Gegnerschaft Israels zum Pakt, das eine Stärkung von Gegnern wie dem Irak nicht akzeptieren wollte. Die US-Regierung fürchtete, dass Israel als Ausgleich für die amerikanische Beteiligung am Bündnis eine offizielle Sicherheitsgarantie von Washington verlangen würde. Dies wiederum hätte die amerikanisch-arabischen Beziehungen belastet. Als westlicher Partner wurde stattdessen Großbritannien Mitglied des Bündnisses. Durch den Beitritt des Iran zum Pakt wurde zugleich die Landbrücke zwischen der Türkei und Pakistan geschlossen.

Dem Bagdad-Pakt mit seinem Generalsekretariat und einem Ständigen Rat in der irakischen Hauptstadt, gelegentlich auch als Middle East Treaty Organization (METO) bezeichnet, begegnete die Sowjetunion mit Waffenlieferungen an Ägypten – der »nördliche Riegel« des Paktes sollte auf diese Weise gleichsam übersprungen werden. Nasser sah in dem Pakt den Versuch, über die Instrumentalisierung des Kalten Krieges die arabische Welt zu teilen. Stattdessen verfolgte er konsequent eine anti-israelische, zunehmend anti-westliche, pan-arabische Politik, was ihm die »hearts and minds« der arabischen Bevölkerung zufliessen ließ.

Defizite und Widerstände

Von Anfang an litt der Bagdad-Pakt somit unter einer Reihe struktureller Probleme: Die kulturell heterogene Zusammensetzung führte zu einem tiefen Misstrauen der Nachbarn: Die Türkei wurde in der Tradition jahrhundertelanger osmanischer Vorherrschaft im Nahen Osten gesehen, die erst drei Jahrzehnte zuvor geendet hatte, und der gleichfalls nicht-arabische Iran galt als amerikanisch beeinflusst. Zwar war der Irak arabisch, jedoch unterstellte die übrige arabische Welt dem Königreich, sich als regionale Großmacht etablieren zu wollen. Das trieb neben Ägypten auch das konkurrierende Königreich Saudi-Arabien in Opposition gegen das Bündnis. Nationale Egoismen innerhalb des Bagdad-Paktes verhinderten, dass eine Allianz mit gemeinsamem Grundkonsens entstand, wie sie in der NATO zum Ausdruck kam. Mit der offiziellen Abwesenheit der USA – tatsächlich waren die Amerikaner in mehreren Unterorganisationen des Paktes aktiv und finanzierten ein Sechstel seines Gesamtbudgets – fehlte sichtbar der wesentliche Garant für die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke des Bündnisses. London konnte diese Rolle nicht übernehmen: Die Suez-Krise vom Oktober 1956 stigmatisierte das britische Handeln in Nahost nachhaltig als Neuaufgabe altbekannter Kolonialpolitik. Dem Pakt fehlte zudem eine gemeinsame militärische Kommandostruktur, und nur die türkische und mit Abstrichen die pakistanische Armee waren einigermaßen schlagkräftig. Die pure Existenz Israels stellte in arabischer Sicht ohnehin das alles überragende Problem in der Region dar.

Washington, London und auch Ankara erkannten sehr bald, dass inner-arabische Zwistigkeiten und die populäre Strahlkraft Nassers ein wirksames Bündnis mit westlicher Beteiligung blockierten. Schon nach wenigen Jahren konstatierten zeitgenössische Beobachter, dass der »nördliche Riegel« kein Eckstein aus Granit war, sondern aus Pappmaché bestand.

Das Scheitern des Paktes

Im März 1959 trat der Irak unter der neuen Regierung aus dem Pakt aus; im Vorjahr waren der irakische König und der tief verhasste Premier Nuri as-Said bei einem Staatsstreich zum Teil natio-



▲ Gamal Abd en-Nasser (1918–1970), Präsident Ägyptens

nalistischer, zum Teil pro-nasseristischer Offiziere ermordet worden. Das Generalsekretariat war bereits nach dem Putsch von Bagdad nach Ankara verlegt worden. Erst jetzt, im Sommer 1959, als es zu spät war, entschlossen sich die USA zum Beitritt. Aus der METO wurde die CENTO – die Central Treaty Organization. Sie blieb ähnlich bedeutungslos wie der Bagdad-Pakt, hatte allerdings nicht einmal mehr ein arabisches Mitglied. Nach dem Sturz des Schahs erklärte die Islamische Republik Iran im Frühjahr 1979 ihren Austritt, woraufhin sich im selben Jahr Pakistan und die Türkei aus der CENTO zurückzogen. Als einzige der drei großen von den USA geschmiedeten regionalen Allianzen des Kalten Krieges blieb die NATO bestehen, nachdem sich die südostasiatische SEATO bereits 1977 aufgelöst hatte.

Armin Wagner

Literaturtipps

Frank R. Pfetsch (Hrsg.), Konflikte seit 1945. Daten – Fakten – Hintergründe. Die Arabisch-Islamische Welt, Freiburg, Würzburg 1991.

Reinhard Schulze, Geschichte der Islamischen Welt. Von 1900 bis zur Gegenwart, München 2016.



world wide web

Fahrzeugtypen der Bundeswehr

www.fahrzeugtypenkatalog.de

Karl Anweiler und Manfred Pahlkötter präsentieren auf ihrer Internetseite eine neue Serie verschiedener Fahrzeug-Typenkataloge der Bundeswehr von 1955 bis heute. Dabei geht es nicht um die allseits bekannten Kampf- und Schützenpanzer, sondern um jene Fahrzeuge, die eher im Schatten der üblichen Literatur stehen. Vorgestellt werden Sanitätsfahrzeuge, Feuerwehren, Kran- und Bergfahrzeuge der Instandsetzungstruppe oder Fahrzeuge der Feldjäger – technisch und militärgeschichtlich nicht weniger spannend. »Der Grundgedanke ist, speziell junge Leute, Modellbauer und Interessierte, für die Bundeswehr zu begeistern«, so Anweiler und Pahlkötter.

Beide veröffentlichen ihre Bücher im zwei-Mann-Eigenverlag als Hobby – und auf eigene Rechnung. Der erste Band der Reihe stellte die Flugabwehr-Raketensysteme NIKE Ajax und NIKE Hercules vor, die heute noch im Luft-



waffenmuseum Berlin-Gatow und vereinzelt in den militärhistorischen Sammlungen verschiedener Flak-Rak-Verbände besichtigt werden können. Andere Bände präsentieren das Flugabwehrraketensystem HAWK und die Boden-Boden-Raketensysteme der Luftwaffe MATADOR sowie PERSHING 1 und PERSHING 1 A. Die neueste Veröffentlichung ist ein Band über Fahrzeuge der Verpflegungsdienste der Bundeswehr: von Kühlfahrzeugen

über Feldküchenanhängern bis hin zur Ausstattung der Bäckerei- und Schlachtereikompanien auf Korpsebene. Die bislang sieben Bände der Reihe sind nicht nur als Bücher, sondern auch auszugsweise im Internet veröffentlicht. Die PDF-Dateien sind großzügig bemessen und erlauben ein Blättern in den optisch gelungenen Bänden.

ks

05.05 leichte und schwere Abschleppfahrzeuge gepanzert



Bergefahrzeug Typ ATF Dingo 2
Hersteller Kraus-Maffei-Wegmann (Prototyp).



das Bergefahrzeug besitzt eine hydraulische Bergewinde für Fahrzeuge bis 14t.



Mercedes-Benz Typ Actros 4151AK 8x8 (Bison) mit Hiab Kran Typ 2222 ATF1 und Bergeeinrichtung der Firma Empl Typ EH/W200.



(Serienfahrzeug)
12 Fahrzeuge wurden an die Bundeswehr ausgeliefert.



Liebherr Typ G-BKF 1025-4.1
Schweres gepanzertes Bergespannfahrzeug



(Prototyp bzw. Truppenversuchsmuster)

6.1.1 Feldjägersdienstfahrzeuge mil gl



DKW F 91/8/1000 Pritsche
1.0ltr, 32kW/44PS Antrieb: 4x4
beschafft: 1958 – 1968



Volkswagen 181 Mehrzweck
1.5ltr 32kW/44PS
beschafft: 1970 – 1973



geliefert wurden drei Motorvarianten an die Bundeswehr
Antrieb: 4x2



Volkswagen 181 Mehrzweck





100 Jahre Weimarer Republik

weimar.bundesarchiv.de

Am 11. November 1918 wird im Wald von Compiègne der Waffenstillstand unterzeichnet. Verwundet, erschöpft und verstört kehren die Soldaten von der Front zurück. Dass der Krieg verloren ist, ist für sie unvorstellbar. War es die Heimatfront, die die kämpfenden Soldaten im Stich gelassen hat? Haben der Kaiser und die Generalität sie verraten? Das ganze Land ist in Aufruhr; die Kriegsheimkehrer sind mitten drin. Sie müssen in ein Leben zurückfinden, in dem nichts mehr ist, wie es mal war. Der Kaiser befindet sich im Exil;

Spiel der Lebenswege — Ein Kriegsheimkehrer sucht seinen neuen Platz in der Gesellschaft

Spiel der Lebenswege – Ein Kriegsheimkehrer sucht seinen neuen Platz in der Gesellschaft

November 1918. Es ist passiert - der Krieg ist verloren! Bleibt nur die Frage: Wie konnte es soweit kommen? Glaubt man den Generälen, so liegt es an der Heimatfront, wo Spartakisten und Aufrehrer Stimmung gegen die kämpfende Truppe machen. Glaubt man den Nachrichten aus der Heimat, dann ist der Kaiser am Ende. Hunger und Krankheit herrschen im Reich und die Generalität scheut die Verantwortung. Nun liegt es an uns selbst! Das Alte bewahren oder das Neue wagen? Triff eine Entscheidung und geh deinen Weg!

Das Alte bewahren: Freikorps | Das Neue wagen: Revolution

Deutschland ist eine Republik. Am 19. Januar 1919 soll die Nationalversammlung in freien, geheimen und gleichen Wahlen bestimmt werden – von Männern und erstmals von Frauen. Doch wen wählen?

Anlässlich der Gründung der Weimarer Republik vor 100 Jahren hat das Bundesarchiv zwei interaktive Angebote entwickelt, die dazu einladen, sich mit der ersten deutschen Demokratie zu beschäftigen. Der Wahlkompass ist einem Wahl-O-Mat nachempfunden, so wie er seit 2002 von der Bundeszentrale für politische Bildung im Vorfeld von Wahlen angeboten wird. Die Nutzer können sich durch Aussagen der Parteien klicken, die 1919 zur Wahl antraten. Am Ende erfolgt die Auswertung und die Nutzer erfahren, wo sie in den Anfängen der Weimarer Republik politisch gestanden hätten. Wäre man ein Anhänger der SPD oder doch eher der katholischen Zentrumspartei gewesen? Hätte man für die Deutsche Volkspartei gestimmt oder vielleicht für die DNVP, die später zum Steigbügelhalter der NSDAP wurde?

Beispielhaft stellt das Spiel der Lebenswege einen Soldaten an den Anfang, der vor der Frage steht, ob das Alte bewahrt oder Neues gewagt werden soll. Die Nutzer müssen immer wieder Entscheidungen treffen. Spielerisch setzen sie sich so mit der politischen Entwicklung der Menschen auseinander. Soll man sich gegen die Regierung stellen oder vereidigt auf die Republik treu in der Reichswehr dienen? Kann es eine Zusammenarbeit von SPD und KPD geben? Ist die NSDAP der neue Heilsbringer?

Die interaktiven Angebote werden durch eine Fülle von Bildmaterial aus dem Bundesarchiv unterstützt. Kurze Texte, die zur Verdeutlichung einzelner Positionen mit zeitgenössischen Begriffen arbeiten, liefern Informationen zum historischen Kontext. Es liegt auf der Hand, dass das Nachspüren der einzelnen Ansichten nur holzschnittartig bleiben kann. Trotzdem ist dem Bundesarchiv mit den interaktiven Angeboten Großartiges gelungen: Sie ermöglichen neue Zugänge zu einem historischen Thema, das heute vielleicht aktueller ist denn je.

Die beiden Angebote sind Teil des umfangreichen Quellenportals »100 Jahre Weimarer Republik«, das zahlreiche Akten, Filme, Fotos, Plakate, Karten und Töne leicht zugänglich bereitstellt und fortlaufend ergänzt wird. Besonders das Erklärvideo »Anna Müller-Lincke kandidiert« fällt ins Auge. Es thematisiert nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern erklärt den Ablauf des Wahlprozesses und endet mit dem eingblendeten Text: »Das Recht zu wählen – ist die Pflicht zu wählen!«

Die beiden Angebote sind Teil des umfangreichen Quellenportals »100 Jahre Weimarer Republik«, das zahlreiche Akten, Filme, Fotos, Plakate, Karten und Töne leicht zugänglich bereitstellt und fortlaufend ergänzt wird. Besonders das Erklärvideo »Anna Müller-Lincke kandidiert« fällt ins Auge. Es thematisiert nicht nur das Frauenwahlrecht, sondern erklärt den Ablauf des Wahlprozesses und endet mit dem eingblendeten Text: »Das Recht zu wählen – ist die Pflicht zu wählen!«

Esther Geiger

Weimar - Die erste deutsche Demokratie

Ein Quellenportal des Bundesarchivs

Vor hundert Jahren wurde in Deutschland erstmals auf nationaler Ebene der Weg hin zu einer parlamentarischen Demokratie geebnet. Aus diesem Anlass digitalisiert das Bundesarchiv in großer Umfang Akten, Filme, Fotos, Plakate, Karten und Töne. Unser Portal wird in den nächsten Jahren kontinuierlich befüllt und führt Sie zu besonderen Quellen aus der Zeit der Weimarer Republik.

Finden

- Akten
- Filme
- Bilder und Plakate
- Töne
- Karten
- Recherchen

Entdecken

- Die Revolution in Weimar
- Die besiegte Nation
- Nach dem Großen Krieg
- Aufbruch in die Moderne

Erleben

- Archivgespräche
- Mind-Maps
- Wahlkompass 1919

Das römische Imperium

All diejenigen, die erfahren möchten, welcher römische Kaiser im Kolosseum als Gladiator aufgetreten ist, sollten Michael Kulikowskis »Triumph der Macht« unbedingt lesen; all diejenigen, die sich für die römische Geschichte des 2. bis 4. Jahrhunderts interessieren, ebenfalls.

In einer für angloamerikanische Historiker charakteristischen sprachlichen Leichtigkeit, schafft es der Autor, komplexe historische Zusammenhänge lesefreundlich zu schildern. In seiner Monografie deckt er den Zeitraum zwischen dem Reisekaiser und Philhellenen Hadrian (117–138 n.Chr.) und Kaiser Konstantin (306–337 n.Chr.) ab und gibt uns zusätzlich einen Ausblick auf die Ereignisse des ausgehenden 4. Jahrhunderts.

Michael Kulikowski hat hierbei seinen Ausgangspunkt gut gewählt, da unter Hadrians Vorgänger Trajan (98–117 n.Chr.) das Römische Reich seine größte Ausdehnung erreichte und mit Hadrian nach jahrhundertelangen stetigen Erweiterungen eine Epoche der Konsolidierung des römischen Reichsterritoriums begann. Die verwirrend anmutende Epoche der sogenannten Soldatenkaiserzeit im 3. Jahrhundert, die wiederum in der Tetrarchie und der Herrschaft Konstantins mündete, werden dem Leser leicht verständlich und sehr interessant nähergebracht. Geschickt platziertes Kartenmaterial und in den Text integrierte Einzelseiten stellen zum Kontext gehörende Kunstwerke und Gebäude mit Kurzbeschreibungen vor. All dies macht aus »Triumph der Macht« eines der vermutlich lesenswertesten Bücher zur Römischen Geschichte der mittleren und späten Kaiserzeit.

Lucas Michaelis



Michael Kulikowski, **Triumph der Macht**. Das römische Imperium von Hadrian bis Konstantin, Darmstadt Jahr. ISBN 978-3-8062-3669-9; 488 S., 34,00 Euro

Vergessene Römerschlacht

Es kommt nicht selten vor, dass Hobbyarchäologen Entdeckungen machen, die sich im Nachhinein als Sensation herausstellen. So geschehen im Jahre 2000, als »die vergessene Römerschlacht« – so der Titel des Buches von Günther Moosbauer – anhand von rostigen Überresten am Harzhorn lokalisiert werden konnte.

Moosbauer beginnt seine Darstellung mit der Situation des Imperiums am nordenglischen Hadrianswall, dem obergermanisch-rätischen Limes und den Markomannenkriegen im Bereich der mittleren Donau. Der Germanenfeldzug des römischen Kaisers Caracalla führte 213 n.Chr. zu einer etwa 20-jährigen Phase relativer Ruhe. Diese traf auch auf den Osten des Reiches zu. Im Winter 234/235 kam es dann zur Schlacht am Harzhorn, die aus verschiedenen Gründen bedeutungsvoll ist. Zum einen beginnt mit dem Feldherrn Maximinus Thrax die Phase der Soldatenkaiser (235–285), zum anderen zeigt der Feldzug, dass, entgegen dem bisherigen Wissensstand, ein tiefes Eindringen in germanisches Gebiet trotz der Gefahr eines Zweifrontenkrieges im Jahre 234 immer noch möglich war. Im letzten Drittel des Bandes schildert Moosbauer die weitere Entwicklung nach der Mitte des 3. Jahrhunderts, wobei es vor allem im Westen des Reiches zu verheerenden Germaneneinfällen kam, die teilweise bis nach Spanien führten. Eine innen- und außenpolitische Stabilität wurde erst unter Konstantin dem Großen im 4. Jahrhundert erreicht.

Moosbauer schreibt für den interessierten Laien und Fachwissenschaftler, der über den geschichtlichen Ablauf hinaus auch viele interessante militärhistorische und archäologische Details erfährt.

Hartmut Paulus



Günther Moosbauer, **Die vergessene Römerschlacht**. Der sensationelle Fund am Harzhorn, München 2018. ISBN 978-3-406-72489-3; 201 S., 19,95 Euro

Bagdad 1915/17

Die Kämpfe in der Region um Bagdad, Basra und Mosul gehören heute zu den aktuellen Konfliktherden der Welt. Doch war diese Region auch schon ein Brennpunkt des Weltgeschehens im Ersten Weltkrieg. Eine Studie des *British Council*, die unter anderem auch in Deutschland durchgeführt wurde, zeigt, dass viele Menschen sich dieser globalen Dimension des Ersten Weltkrieges nicht bewusst sind.

Carl Alexander Krethlow widmet sich in seinem Buch eben diesem Missstand. Er arbeitet die Vielfalt der im Irak engagierten Akteure heraus, die auf diesem Kriegsschauplatz maßgeblich zum globalen Charakter des Konfliktes von 1914 bis 1918 beitrugen. Die geostrategische Lage zwischen Europa, Britisch-Indien, Zentralasien, dem Kaukasus und Südarabien machten den heutigen Irak im Ersten Weltkrieg zum Gegenstand weltpolitischer Interessen.

In diesem Buch werden die unterschiedlichen Positionen der politischen und militärischen Akteure, der Ablauf der Gefechte und die vielfältig angewandten Kampfformen dargestellt. Vom Bewegungskrieg, der in dem schnellen britischen Vorstoß 1914 zu sehen ist, über klassische Belagerungstaktik bei Kute el Amara, bis hin zum Stellungskrieg südlich der Stadt, der dem bei Verdun ähnelte.

Carl Alexander Krethlow schließt mit diesem gut lesbaren Buch eine Lücke in der Geschichtsschreibung des Ersten Weltkriegs. Das Buch bietet eine hervorragende Lektüre für jeden, der über das Bekannte des europäischen Kriegsschauplatzes des Ersten Weltkrieges in dessen noch oft unbekannt erscheinenden internationalen Dimensionen hinausschauen möchte.

hh



Carl Alexander Krethlow, **Bagdad 1915/17**. Weltkrieg in der Wüste, Paderborn 2018. ISBN 978-3-506-78385-1; 255 S., 29,90 Euro

Revolution 1918

Im November 2018 jährte sich zum hundertsten Mal der Jahrestag der Novemberrevolution, in deren Verlauf die Hohenzollern-Monarchie gestürzt und das Deutsche Kaiserreich in eine parlamentarische Demokratie umgewandelt worden war: die Weimarer Republik.

Gleich zu Beginn seines Buches plädiert Robert Gerwarth dafür, dass die Revolution nicht allein vom Ende her – mit dem Nationalsozialismus als Resultat – betrachtet werden dürfe. Das würde dem zeitgenössischen Erlebnis- und Erfahrungshorizont nicht gerecht werden und davon ablenken, »wie sehr die Zukunft damals offen war«. Dabei nimmt er auch seine eigene Zunft von dieser berechtigten Kritik nicht aus und weist auf bestehende Forschungsversäumnisse hin.

Gerwarth entfaltet ein überaus lebendiges und facettenreiches Bild von der Revolution und ihrer Nachgeschichte, sodass kaum ein Leserwunsch offen bleiben dürfte. So befasst er sich etwa eingehend mit der Radikalisierung der unterschiedlichen Akteure, thematisiert die veränderte Rolle der Frauen oder macht deutlich, dass die Siegermächte jeweils eigene Vorstellungen davon hatten, wie es mit Deutschland weitergehen sollte. Um dies zu veranschaulichen, lässt der Autor die unterschiedlichsten Zeitzeugen, darunter Militärs, Politiker, Revolutionäre, Schriftsteller und Studenten, ausführlich zu Wort kommen. Auch gelingt es ihm eindrucksvoll zu vermitteln, dass die Gewalt nicht einfach aufhörte, als am 11. November 1918 der Waffenstillstand geschlossen wurde. Im Gegenteil: Die Gewalt wurde – gerade im östlichen Europa – regelrecht ritualisiert.

Victor Marnetté

Weimarer Verhältnisse

Ist unsere Demokratie in Gefahr? Der Beantwortung dieser Frage geht der vorliegende Band nach und bemüht dabei die »Weimarer Verhältnisse« als Leitmotiv.

Zugrunde liegt eine Essay- bzw. Hörfunkreihe, die 2017 vom Bayerischen Rundfunk, von der FAZ und dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) initiiert wurde und sowohl Historiker als auch Politikwissenschaftler zu Wort kommen lässt.

Der Band enthält acht Essays, die das Thema jeweils unter einem Aspekt näher beleuchten und Ähnlichkeiten wie Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der Weimarer Republik herausarbeiten. Hierbei werden u.a. die politische Kultur, die Medienlandschaft, die Wirtschaftsentwicklung und die internationale Lage betrachtet.

Zwei Tendenzen werden deutlich. Erstens: Die Bundesrepublik verfügt, ganz anders als die Weimarer Republik, inzwischen über eine langetablierte und gelebte Tradition und hat sozusagen einen »Loyalitätspuffer«. Zweitens weisen aber alle Autoren darauf hin, dass durchaus Ähnlichkeiten bestehen, die Anlass zur Sorge geben. Wir leben in einer Zeit, in der erneut viele Gewissheiten wegbrechen und ein Rückgriff auf überschaubare nationale Argumentationsmuster attraktiv scheint. Zur Gefahr wird dies, wenn dadurch politische Sprache und politisches Wahlverhalten entgegen demokratischen Traditionen beeinflusst werden. Die spannenden Beiträge, die in übersichtlicher Form die damalige und heutige Problemlage beleuchten, stellen daher wiederholt fest: »Berlin ist nicht Weimar«, aber »Weimar« kann auch nie ausgeschlossen werden.

cg

Hannah von Bredow

Hannah von Bredow war eine aufrechte und selbstbewusste Frau, die sich entschlossen gegen den Nationalsozialismus und gegen Hitler stellte.

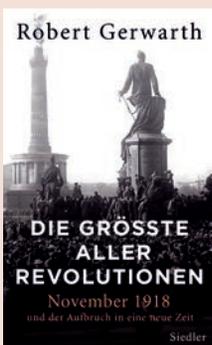
Als Mutter von acht Kindern erfüllte sie durchaus die nationalsozialistischen Anforderungen an eine deutsche Mutter, als »Quell der Nation« – selbstlos, treu, pflichtbewusst und opferbereit. Wegen ihrer politischen und persönlichen Einstellung verliehen ihr die NS-Machthaber erst im Dezember 1944 mit einem Widerwillen das Mutterkreuz.

Ihre Haltung machte Hannah von Bredow durch offenen Protest deutlich. Sie verweigerte zum Beispiel das Hissen der Hakenkreuzfahne sowie den Hitlergruß, hielt ihre Kinder weitestgehend von der Hitlerjugend fern und unterhielt Kontakte zu den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944. Diesen stellte sie unter anderem ihr Haus als Treffpunkt zur Verfügung. Das alles führte zu einem umfangreichen Gestapo-Dossier.

Ihre Erlebnisse hielt Hannah von Bredow in einem Tagebuch fest. Sie unterhielt darüber hinaus zahlreiche Brieffreundschaften auf der ganzen Welt. In ihren Briefen an den langjährigen Brieffreund Sydney Jessen aus Großbritannien schrieb sie offen, wie sie die Nationalsozialisten und ganz besonders Hitler verabscheute.

Noch vor ihrem Tod 1971 begann die nun gealterte Hannah von Bredow ihre Aufzeichnungen für die Familie zu ordnen. Ihr Sohn Leopold vollendete diese Arbeit schließlich und stellte Reiner Möckelmann die bis dato noch unveröffentlichten Dokumente seiner Mutter zur Verfügung.

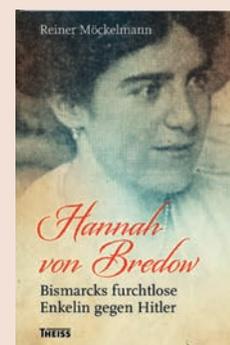
hh



Robert Gerwarth,
Die größte aller Revolutionen.
November 1918
und der Aufbruch in
eine neue Zeit,
München 2018. ISBN
978-3-8275-0036-6;
384 S., 28,00 Euro



Andreas Wirsching u.a.
(Hrsg.), **Weimarer Verhältnisse?**
Historische Lektionen
für unsere Demokratie,
Ditzingen 2018. ISBN
978-3-15-011163-5;
119 S., 14,95 Euro



Reiner Möckelmann,
Hannah von Bredow. Bismarcks
furchtlose Enkelin
gegen Hitler, Darm-
stadt 2018. ISBN
978-3-8062-3662-0;
272 S., 22,00 Euro

Militärhistorisches Museum der Bundeswehr Dresden

Der Feldwagen 95

Der Feldwagen 95 aus der Sammlung des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden trägt Plakette und Brandstempel der Sächsischen Waggonfabrik Werdau A.G. aus dem Jahr 1917. Er entstand in der Phase des »Hindenburg-Programms«, des Rüstungsprogramms der dritten Obersten Heeresleitung. Er zeugt zugleich von einer Panne des Beschaffungswesens jener Zeit.

Am Ende des Ersten Weltkrieges war der Feldwagen 95 der verbreitetste deutsche Wagentyp. Als Nachschubfahrzeuge des Trosses, des sogenannten Trains, verkehrten die Wagen dieses Typs zwischen den Eisenbahndepots und den Stellungen der Kampftruppen. Vom Artillerie-Konstruktionsbüro Spandau als zweispänniger Proviantwagen entwickelt, war der Wagentyp 1895 in den Trainabteilungen des preußischen Heeres eingeführt worden. Er erfüllte die militärischen Anforderungen nach hoher Nutzlast bei geringem Eigengewicht und guter Lenkbarkeit. Vier große, baugleiche Räder verringerten die erforderliche Zugkraft und erleichterten die Wartung.

Im Einsatz erwies sich der Feldwagen 95 als so vielseitig einsetzbar, dass er 1917 als Grundmodell für ein Einheitsfahrzeug des deutschen Heeres ausgewählt wurde. Reichswehr und Wehrmacht behielten den Wagen mit leichten Modifikationen bei, im Zweiten Weltkrieg bildete er als »Heeresfeldwagen 1« das Rückgrat der Nachschubtruppen.

Im Dezember 1916 vergab die sächsische Feldzeugmeisterei Fertigungsaufträge über 4500 Feldwagen an 40 Hersteller in Sachsen. Vorausgegangen war eine Bedarfsmeldung aus Berlin. Einer der Auftragnehmer

war die Waggonfabrik Werdau, die 250 dieser Fahrzeuge bauen sollte. Im Juni 1917 meldete die sächsische Feldzeugmeisterei an das Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt (WuMBA) in Berlin, dass 4000 Feldwagen zur Abnahme bereit stünden. Je Fahrzeug schlugen rund 1700 Reichsmark zu Buche. Das Amt lehnte jedoch ab. In der Begründung hieß es, für die Wagen bestehe gar kein Bedarf und eine entsprechende Bestellung sei nie erfolgt. Die überraschten Sachsen blieben auf den fertigen Wagen und den Kosten sitzen.

Die verwehrte Abnahme stand im Widerspruch zu den propagierten Zielen des »Hindenburg-Programms«, wonach der enorme Heeresbedarf durch Produktionssteigerungen in allen Zweigen der Kriegsindustrie gedeckt werden sollte. Diese Zielsetzung hätte eigentlich auch die Wagenherstellung umfasst. Genau im Zeitraum zwischen der Bedarfsmeldung im Herbst 1916 und der Abnahme im Sommer 1917 wurde jedoch das gesamte deutsche Beschaffungswesen neu geordnet. Künftig sollte die Auftragsvergabe für Rüstungsgüter zentral durch das eigens geschaffene WuMBA erfolgen und nicht mehr, wie noch bei den 250 Feldwagen aus Werdau, durch die Institutionen der Bundesstaaten. Das im September 1916 gegründete WuMBA wurde im folgenden Jahr drei Mal umstrukturiert. Im kaum vermeidbaren bürokratischen Durcheinander könnte ein erteilter Auftrag durchaus verloren gegangen sein.

Die 4000 nicht abgenommenen Feldwagen wurden im Artilleriedepot Riesa eingelagert und überstanden dort den Krieg. Der Feldwagen 95 aus dem Militärhistorischen Museum war einer davon und ist für die historische Forschung erhalten geblieben.

Erik Zimmermann

MHM Dresden



▲ Feldwagen 95 mit Plakette und Brandstempel der sächsischen Waggonfabrik Werdau A.G., 1917

11. Februar 1969

Erstes Weißbuch

Im Februar 1969 gab Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) das erste Weißbuch zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung heraus. 20 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und 14 Jahre nach der Gründung der Bundeswehr erläuterte die damalige Regierungskoalition von CDU und SPD erstmals öffentlich die westdeutsche Verteidigungspolitik in einem umfassenden Grundlagendokument.

Neben dem Wandel von der »massiven Vergeltung« zur »flexiblen Reaktion« als Gesamtstrategie der NATO prägte die Intervention sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei im August 1968 das strategische Umfeld. Gleichzeitig beeinflusste die Debatte zum Einsatz von Streitkräften im Innern sowie die Infragestellung des Militärs durch Studentenbewegung und Außerparlamentarische Opposition (APO) das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gesellschaft. Dieser Generationenkonflikt spiegelte sich auch in der Bundeswehr, wo junge Wehrdienstleistende konservativen und oft in der Wehrmacht sozialisierten Vorgesetzten gegenüberstanden. Die Innere Führung konnte dabei kaum wirken, da sie in Teilen des Offizierkorps als vermeintliche Schwächung der Kampfkraft missverstanden und als »weiche Welle« abgelehnt wurde.

Im Kontext dieser Spannungen sollte das erste Weißbuch das Verständnis der Bevölkerung für die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik sowie die Ausrichtung und Ausstattung der Bundeswehr fördern. Auf nur 75 Seiten erklärte es in fünf Hauptkapiteln die Grundlagen und Ziele der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Struktur und Umfang der Bundeswehr sowie Bundeswehrverwaltung, Rüstung und Verteidigungshaushalt. Insbesondere die Intervention in der Tschechoslowakei wurde zur Begründung eines robusten Verteidigungsbeitrages (sowie eines von Kürzungen bedrohten Verteidigungshaushaltes) angeführt. Neben der Erklärung von Streitkräftestrukturen fokussierte das Weißbuch 1969 sehr zahlenlastig auf die Aufschlüsselung des Verteidigungshaushaltes, die materielle Ausstattung sowie konkrete Schwerpunkte bei Rüstung und wehrtechnischer Entwicklung.

In der Frage des Verhältnisses zwischen Bundeswehr und Gesellschaft suchte das Weißbuch nicht den Ausgleich, sondern forderte vielmehr eine höhere »Wehrbereitschaft der Jugend«. Auch zur Inneren Führung äußerte es sich eher reserviert und beschränkte sich auf eine lediglich zaghafte Würdigung. Es bedurfte erst der Durchsetzungsfähigkeit Helmut Schmidts (SPD), der in der neuen SPD-FDP-Regierung Ende 1969 das Amt des Verteidigungsministers übernahm und bereits 1970 in einer zweiten Ausgabe des Weißbuchs die Verbindlichkeit der Inneren Führung unmissverständlich betonte. Die Erstausgabe des Jahres 1969 zeigte sich schon hier als Startpunkt einer Entwicklung, in der das Weißbuch einen festen Platz als wichtigstes sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesrepublik Deutschland erhielt. Es trägt in bislang elf Ausgaben zur sicherheitspolitischen Standortbestimmung und zur Transparenz der Bundeswehr bei.

Niklas van Alst

21. Januar 1989

Einseitige Abrüstung der DDR

Noch vor der Auflösung der DDR-Streitkräfte nach dem 3. Oktober 1990 begann die Nationale Volksarmee ab Januar 1989 mit einseitigen Abrüstungsschritten. Die Parteizeitung »Neues Deutschland« teilte am 23. Januar mit, zwei Tage zuvor habe der Nationale Verteidigungsrat beschlossen, sechs Panzerregimenter und ein Jagdbombengeschwader aufzulösen – ohne Gegenleistung der westlichen Seite, konkret der Bundeswehr. Insgesamt betraf dies 10 000 Mann, 600 Panzer und 50 Kampfflugzeuge.

Aufgelöst wurden im Frühjahr und Sommer 1989 das Panzerregiment 1 in Beelitz, das Panzerregiment 4 in Gotha, das Panzerregiment 8 in Goldberg, das Panzerregiment 11 in Sondershausen, das Panzerregiment 16 in Großenhain, das Panzerregiment 23 in Stallberg sowie das Jagdbombenfliegergeschwader 7 in Drewitz. Deren Offiziere, Unteroffiziere und Wehrpflichtigen erinnern sich noch heute daran, wie überrascht sie vom plötzlichen Aus für ihr Regiment oder ihr Geschwader waren. Im Panzerregiment 8 habe es Ende April 1989 einen Regimentsappell gegeben und danach sei mit der Verladung und dem Abtransport der ersten 31 Panzer des Typs T-55 A begonnen worden. Die NVA hatte eigene und westliche Reporter eingeladen, davon zu berichten.

Die »merkwürdigen« Umstände riefen das Misstrauen zumindest einiger jüngerer Offiziere hervor, wie sie später als Zeitzeugen in TV-Dokumentationen berichteten: Ihnen war aufgefallen, dass die Panzer technisch vollständig aufgerüstet und mit neuem Farbanstrich zur angeblichen Verschrottung abtransportiert wurden. 100 Panzer wurden jedoch ins Bürgerkriegsland Äthiopien verschifft. Honecker hatte dem dortigen Diktator 200 Panzer versprochen, der Transport weiterer 100 Panzer fiel nach dem Ende der SED-Herrschaft ins Wasser. 150 Panzer wurden für Verwendungen im Braunkohle-, Kali- und Erzbergbau umgerüstet, 250 Panzer wurden tatsächlich zerlegt und verschrottet. Von den 50 Flugzeugen sollten 26 verschrottet und 24 Maschinen an Drittländer verkauft werden. Dahinter verbarg sich eine unter strenger Geheimhaltung vereinbarte Lieferung an die Luftwaffe der iranischen Revolutionsgarden. Auch diesem Geschäft machte der Revolutionsherbst 1989 einen Strich durch die Rechnung.

Klaus Storkmann



▲ Demontage eines T-55 A bei Görlitz am 21. Juni 1989

• Berlin

Deutsches Spionagemuseum

Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 0 30 / 39 82 00 45 1
www.deutsches-spionagemuseum.de

Dauerausstellung

täglich
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt: 12,00 Euro
ermäßigt: 8,00 Euro

Welcome to Jerusalem

Jüdisches Museum Berlin
Lindenstraße 9-14
10969 Berlin
Tel.: 0 30 / 25 99 33 00
www.jmberlin.de

bis 30. April 2019

Montag
10.00 bis 22.00 Uhr
Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt: 8,00 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

• Bonn

Unsere Geschichte Deutschland seit 1945

Haus der Geschichte
Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Tel.: 02 28 / 91 65 40 0
www.hdg.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Freitag
9.00 bis 19.00 Uhr
Samstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt frei

• Hambach

Hinauf, hinauf zum Schloss!**Ausstellung zur deutschen Demokratiegeschichte**

Hambacher Schloss
67434 Neustadt an der Weinstraße
Tel.: 0 63 21 / 92 62 90
www.hambacher-schloss.de

Dauerausstellung

täglich
April bis Oktober
10.00 bis 18.00 Uhr
März bis November
11.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 5,50 Euro
ermäßigt: 2,50 Euro

• Ingolstadt

Friedensbeginn? Bayern 1918–1923

Bayerisches Armeemuseum
Reduit Tilly
Paradeplatz 4
85049 Ingolstadt
Tel.: 08 41 / 93 77 0
www.armeemuseum.de

ab November 2018

Dienstag bis Freitag
9.00 bis 17.30 Uhr
Samstag und Sonntag
10.00 bis 17.30 Uhr
Eintritt: 3,50 Euro
ermäßigt: 3,00 Euro

• Kiel

Die Stunde der Matrosen. Kiel und die deutsche Revolution 1918

Schiffahrtsmuseum
Fischhalle Kiel
Wall 65
24103 Kiel
Tel.: 04 31 / 90 13 42 8
www.kiel.de

bis 17. März 2019

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Donnerstag
10.00 bis 20.00 Uhr
Eintritt frei

• Kossa

Denk mal Bunker

Militärmuseum Kossa
Dahlenberger Straße 1
04849 Kossa/Söllichau
Telefon: 03 42 43 / 2 21 20
www.bunker-kossa.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag
9.00 bis 16.00 Uhr
(Führungen jeweils 10.00 und 13.00 Uhr)
Eintritt: 5,00–10,00 Euro

• Kummersdorf

Historisch-technisches Museum

Versuchsstelle Kummersdorf
Konsumstraße 5
15838 Am Mellensee
OT Kummersdorf-Gut
Telefon: 03 37 03 / 7 70 48

www.museum-kummersdorf.de

Dauerausstellung und Geländeführungen

Sonntag
13.00 bis 17.00 Uhr
Führungen nur nach Anmeldung

• München

Die Wiege der Gewalt – München und der Nationalsozialismus

NS-Dokumentationszentrum
Brienner Straße 34
80333 München
Tel.: 0 89 / 23 36 70 00
www.ns-dokuzentrum-muenchen.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 19.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
ermäßigt: 2,50 Euro

• Munster

Deutsches Panzermuseum

Hans-Krüger-Straße 33
29633 Munster
Telefon: 0 51 92 / 25 52
www.panzermuseum-munster.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Eintritt: 5,00 Euro
ermäßigt: 2,50 Euro

• Rastatt

Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte

Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte
Bundesarchiv Außenstelle Rastatt
Herrenstraße 18 / Schloss
76437 Rastatt
Tel.: 0 72 22 / 77 13 90
www.bundesarchiv.de
Dauerausstellung
Sonntag bis Donnerstag
9.30 bis 17.00 Uhr
Freitag
9.30 bis 14.00 Uhr
Eintritt frei

• Seelow

Museum Seelower Höhen

Küstriner Straße 28a
15306 Seelow
Telefon: 0 33 46 / 5 97
www.gedenkstaette-seelower-hoehen.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 17.00 Uhr
Eintritt: 3,00 Euro
ermäßigt: 1,50 Euro

• Sinsheim

Technik Museum Sinsheim

Museumsplatz
74888 Sinsheim
Telefon 0 72 61 / 92 99 0
<https://media.technikmuseum.de>

Dauerausstellung

Montag bis Freitag
9.00 bis 18.00 Uhr
Samstag, Sonntag und an Feiertagen
9.00 bis 19.00 Uhr
Eintritt: 16,00 Euro
ermäßigt: 13,00 Euro

• Suhl

Jagdwaffen. Von der Lanzen spitze zum Vierling

Waffenmuseum Suhl
Friedrich-König-Str. 19
98527 Suhl
Tel.: 0 36 81 / 74 22 18
Fax: 0 36 81 / 74 22 20

www.waffenmuseumsuhl.de

Dauerausstellung

Dienstag bis Sonntag
10.00 bis 18.00 Uhr
Montag geschlossen
Eintritt: 6,00 Euro
ermäßigt: 4,00 Euro



Eisenbahnraketenkomplex RT-23

Atomkrieg auf der Schiene

Irrendwo in den Weiten der Sowjetunion: Ein Zug hält mitten auf der Strecke. Die Dachluke eines Waggons öffnet sich, ein 23 Meter langer Schlot wird hydraulisch aufgestellt. Kurz darauf zischt und qualmt es; es wird ohrenbetäubend laut: Eine todbringende Interkontinentalrakete startet.

Was an einen Science-fiction-Film erinnern mag, war in der Schlussphase des Kalten Krieges alles andere als fiktional: 1987 stellte die Sowjetunion den sogenannten Eisenbahnraketenkomplex RT-23 »Molodets« in Dienst – genauer genommen: auf die Schiene.

Bereits 1969 hatte das sowjetische Verteidigungsministerium die Entwicklung eines neuen Interkontinentalraketen-systems in Auftrag gegeben. Bis zum Beginn der 1980er Jahre entwickelten die Ingenieure nicht nur klassische neue Raketen-silos: Unter Ausnutzung des umfangreichen sowjetischen Schienennetzes ließen sich Mobilität und Geheimhaltung völlig neu definieren. 1980 konnten die Ingenieure ein vorläufiges Modell des Eisenbahnraketenkomplexes vorstellen. Bis 1988 wurden die Silo- und Eisenbahnvariante der RT-23 umfangreich getestet. Dies blieb westlichen Nachrichtendiensten nicht verborgen.

1981 veröffentlichte das US-Verteidigungsministerium die erste Ausgabe der »Soviet Military Power« (SMP) – ein jährlich erscheinendes und frei verfügbares Kompendium zur sowjetischen Rüstungstechnik. Dieses analysierte das militärische Potenzial der Sowjetunion, stellte neueste Entwicklungen der sowjetischen Wehrtechnik vor und beurteilte das davon ausgehende Bedrohungspotenzial aus westlicher Perspektive. In die Analyse flossen auch Erkenntnisse des deutschen Bundesnachrichtendienstes mit ein.

Eine Besonderheit der SMP waren die vielen Farbzeichnungen sowjetischer Waffensysteme. Sie basierten häufig auf Satellitenaufnahmen. Um die Möglichkeiten der amerikanischen Aufklärungssatelliten zu verschleiern, wurden die abzubildenden Waffensysteme in einer anderen Umgebung dargestellt. Die Illustrationen zieren bis heute Internetseiten und Publikationen über sowjetische Rüstungstechnik. Die SMP erwarb sich einen Ruf als verlässliche und vielzitierte Quelle über militärische Entwicklungen in der Sowjetunion, die umfassendes nachrichtendienstliches Wissen beinhaltete.

Eine künstlerische Darstellung des Eisenbahnraketenkomplex RT-23, in

der NATO als SS-24 SCALPEL bezeichnet, wurde erstmals in der SMP 1985 veröffentlicht. Darin heißt es, dass mit der Einführung neuer sowjetischer Interkontinentalraketen die Zielgenauigkeit, Mobilität und Überlebensfähigkeit verbessert würden. Die SS-24 »wird wahrscheinlich zuerst in Silos disloziert werden. Eine Stationierung auf Schienen könnte folgen.« Damit lagen die Autoren richtig. Nur ahnten der oder die Zeichner nicht, wie raffiniert die Raketenzüge getarnt sein würden: als gewöhnliche Kühlwagen. Von außen waren die ab 1987 durch die Sowjetunion fahrenden Raketenzüge nicht zu identifizieren. Auch eine Luftaufklärung war kaum möglich, genau so wenig die gezielte Bekämpfung der hochmobilen Züge.

Bis 1988 wurden 56 silo- und 36 eisenbahn-basierte RT-23-Systeme in Dienst gestellt. Jede Rakete besaß zehn unabhängig voneinander zielende Atom-sprengköpfe mit jeweils einer TNT-Äquivalenz von 550 Kilotonnen. Pro Raketenzug fuhr somit etwa fünf Megatonnen Sprengkraft auf sowjetischen und später russländischen Schienen.

Die RT-23-Systeme wurden Gegenstand der Abrüstungsinitiative START II, die jedoch scheiterte. Dennoch stellte Russland den Betrieb der Raketenzüge und der Silos mit RT-23-Raketen bis 2005 ein und verschrottete die Systeme. Ein Raketenzug ist heute in Sankt Petersburg ausgestellt.

2013 verkündete das russische Verteidigungsministerium die Neuentwicklung des Eisenbahnraketenkomplexes »Barguzin«. Eine Indien-stellung war für 2020 geplant, jedoch wurde das Projekt wegen finanzieller Engpässe vorerst gestoppt. Erfolgreiche Tests soll es nach russischen Angaben bereits gegeben haben.

Sascha Gunold

images of freedom



▲ Aufrichten einer RT-23-Rakete in einer Wartungshalle. Darstellung in SMP 1988

Abonnement

Jahresabonnement: 14,00 Euro inkl. MwSt. und Versandkosten (innerhalb Deutschlands, Auslandsabonnementpreise auf Anfrage)
Kündigungsfrist: 6 Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes.

Kontakt zum Bezug der Zeitschrift:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr
z.Hd. Frau Christine Mauersberger
Postfach 60 11 22, 14471 Potsdam
Tel.: 0331/9714 599, Fax: 0331/9714 509
Mail: ChristineMauersberger@bundeswehr.org

Die Betreuung des Abonnements erfolgt über die Firma SKN Druck und Verlag, Stellmacher Straße 14, 26506 Norden, die sich mit den Interessenten in Verbindung setzen wird.

Wegweiser zur Geschichte



Baltikum

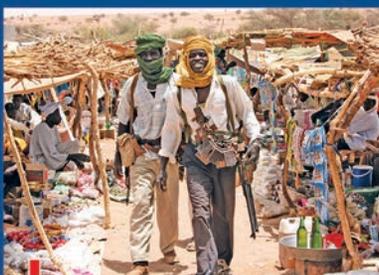
ZMSBw

Schöningh

Wegweiser zur Geschichte. Baltikum.

Im Auftrag des ZMSBw hrsg. von Bernd Lemke, Paderborn [u.a.]: Verlag Ferdinand Schöningh 2018, 303 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 978-3-506-79331-7

Wegweiser zur Geschichte



Sudan und Südsudan

ZMSBw

Schöningh

Wegweiser zur Geschichte. Sudan und Südsudan.

Im Auftrag des ZMSBw hrsg. von Torsten Konopka, Paderborn [u.a.]: Verlag Ferdinand Schöningh 2018, 288 Seiten, 16,90 Euro, ISBN 978-3-506-79332-4